

Stand

Christlich-politische Monatszeitung
Offizielles Organ der Eidgenössisch-
Demokratischen Union EDU

35. Jahrgang | Nr. 10 | Okt. 2015 | www.edu-schweiz.ch

Auflage: 25000

EDU+UDF punkt

Liebe Leserinnen und Leser

Dieser Ausgabe beigelegt finden Sie den Unterschriftenbogen für das Referendum gegen die Änderung des Fortpflanzungs-medizingesetzes (FMedG).
Bitte unterschreiben Sie sofort. Vielen Dank!

GUT AUSGEBILDETE JUNGE
ZIEHEN IN DEN KRIEG

Was fehlt ihnen?

Als bekannt wurde, dass mehr als 4000 IS-Kämpfer aus Europa stammen, begann auch ich mich zu fragen, weshalb so junge Menschen nach Syrien reisen, um im Krieg zu sterben.

Sicher ist, dass sich diese vielleicht etwas unreifen Jugendlichen von einem Idealismus beherrschen lassen. Sie haben den Islam ohne intellektuelle Überlegungen einfach angenommen, um anschliessend ihre Eltern, ein warmes Bett, genügend Nahrung, Freunde und den Studentenkreis zu verlassen. Ab in den Krieg, wo Schmerzen, Verletzungen, ja der Tod warten – schlicht unverständlich für den Durchschnittsbürger!

Als Erzieher kann ich einen Zusammenhang zu den Kurzschlussreaktionen von Süchtigen erkennen. Die Jungen beider Gruppen, süchtig oder islamisiert, verlassen eine gute Lebensumgebung, um sich zu zerstören! Weshalb?

Die einzige Erklärung dazu ist folgende: Diese Menschen fühlen sich inwendig leer, ohne Zukunft, hoffnungslos, ohne jeglichen Boden und Lebensziel. Und dies obwohl sie Nahrung, ein warmes Bett, die modernste Technik, eine gute Schule, eine normale Ausbildung und Auslandsreisen genossen haben.

Könnte es sein, dass diesen jungen Menschen Liebe, Verständnis, Geborgenheit, Hoffnung, echte Beziehungen, ein konkretes Lebensziel und wahre Werte fehlen? Jesus Christus spricht: «Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von jedem Wort, das aus Gottes Mund kommt.» (Matth. 4,4). Oder wie Paulus in 1. Tim. 4, 9-11 an Timotheus schrieb: «Das ist ein wahres Wort und verdient unser volles Vertrauen. ... dafür kämpfen wir, weil wir auf den lebendigen Gott hoffen, den Heiland aller Menschen ... Solches gebiete und lehre.»

Entfernt man die gute Botschaft der Bibel aus dem Schulunterricht, so bleibt der innere Mensch leer, und er ist bereit, jede Ideologie, ob inakzeptabel, unlogisch oder gewalttätig, anzunehmen (siehe auch Artikel auf Seite 15).



Marc Früh, Mitglied Geschäftsleitung
EDU Schweiz

18. OKTOBER 2015:

Tag der Entscheidung!

Sie, ja genau Sie braucht es am 18. Oktober, damit die EDU zukünftig wieder im Eidgenössischen Parlament vertreten ist.

Die Chancen stehen gut, dass die EDU in den Kantonen Bern und Zürich wieder je einen Sitz im Nationalrat gewinnen kann. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten stehen mit ihrem Namen hin, um der christlichen Politik in Bern eine Stimme zu geben. Gerade in einer Zeit, in welcher die christlichen Werte immer weiter in den Hintergrund rücken, sind wir auf Männer und Frauen angewiesen, welche diese Werte klar vertreten.

Damit dieses Ziel erreicht werden kann, ist Ihre Stimme wichtig, ebenso die Stimme Ihres Arbeitskollegen, Nachbarn, Sportkollegen – und auch Ihrer Verwandten und Freunde. Sprechen Sie mit den Leuten und motivieren Sie sie, die EDU zu wählen! Wir sind auf Ihre Stimme(n) angewiesen, denn nur mit Ihrer Unterstützung kann das Ziel von zwei Nationalratsmandaten erreicht werden. Vielen Dank!

Roland Haldimann,
Mitglied Geschäftsleitung EDU Schweiz

«Gott ist unsere Zuversicht und Stärke»
(Psalm 46,2a)



RETRAITE AUF DEM BEATENBERG

Für alle!

Auch dieses Jahr laden wir alle, also nicht «nur» EDU-Mitglieder, ganz herzlich zu unserer **Retraite** ein.

Sie findet vom Freitag, 30. Oktober, ab 17 Uhr, bis Samstagnachmittag, 31. Oktober 2015 statt.

Programmpunkte sind u. a.: Andacht, Rückblick, Ausblick und das neue EDU-Aktionsprogramm 2015–2019.

Interessierte können sich ab sofort im Zentralsekretariat in Thun anmelden unter: harold.salzmann@edu-schweiz.ch oder 033 222 36 37. Programm folgt.

Wir freuen uns auf Sie!

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz



Das Team des Gästehauses des Seminars für biblische Theologie (sbt) Beatenberg wird für unser Wohl sorgen.

EDU SCHWEIZ: REDAKTION DES PARTEIORGANS «EDU-STANDPUNKT» AUF «STUDIENREISE»

Von der Beseitigung von Altlasten und einem unbeschwerten Gang in die Zukunft

Der jährliche Ausflug führte die Redaktion des «EDU-Standpunkts» dieses Jahr in den Kanton Aargau. Die 13 Teilnehmenden liessen sich über die erfolgreichen Anstrengungen in der Sondermülldeponie Kölliken orientieren und besichtigten in Fahrwangen die Schuhfabrik Fretz Men.

«Ich war immer der Meinung, der in Kölliken betriebene Aufwand sei übertrieben. Die voraussichtlich 2019 abgeschlossenen Bemühungen verdienen unseren grossen Respekt», sagte Hans Moser, Redaktionsleiter und Parteipräsident. Er äusserte sich in Kölliken beeindruckt vom sorgfältigen Umgang mit Altlasten. «Die EDU hat stets betont, wie wichtig ein verantwortungsvoller Umgang mit der Schöpfung ist. Wo das unterbleibt, muss mit astronomischen Summen gerechnet werden.» Die Aufwände von insgesamt fast einer



Auf dem Dach der Abbauhalle, welches an Bogentragwerken (stützenfreie Konstruktion) von bis zu 175 m Spannweite aufgehängt ist.

Milliarde Franken müssten jedoch als «Mahnfinger» verstanden werden. Denn: «Wir dürfen die Schöpfung gebrauchen, aber wir sollen sie auch schützen.» Die Besichtigung der Herrenschuhfabrik Fretz Men in Fahrwangen gab einen vielseitigen Einblick in ein innovatives Schweizer KMU. Das seit 1903 bestehende Unternehmen konnte sich dank Qualität, Marktnähe und Innovation im

internationalen Umfeld behaupten. Angesichts der bequemen Schuhe wünschte Hans Moser allen Teilnehmenden einen «unbeschwerten Gang in die Zukunft». Die anschliessende Schifffahrt auf dem Hallwilersee wie auch schon das Mittagessen boten Gelegenheit zu einem regen Gedankenaustausch.

Thomas Feuz

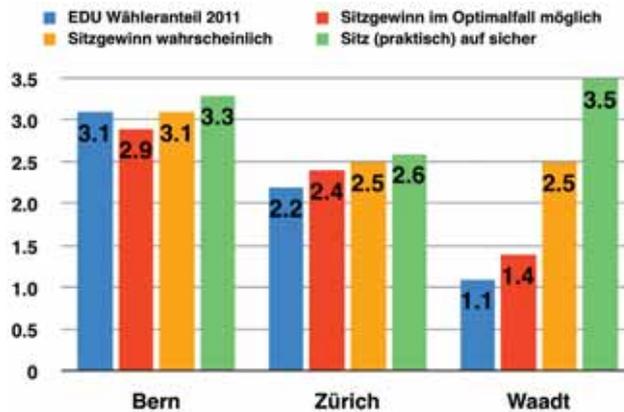


NOCH 3 WOCHEN BIS ZU DEN NATIONALRATSWAHLEN...

Vieles hängt von wenigen ab!

In dieser Ausgabe (letzte vor den Nationalratswahlen) beleuchten wir das letzte Kernthema der EDU: Versorgungssicherheit. Darunter versteht die EDU sichere Arbeitsplätze, eine solide Energieversorgung und die Bereitstellung gesunder Lebensmittel.

Noch kennen wir das Ergebnis nicht, doch die Weichen sind gestellt, das Ziel ist anvisiert. Die Grafik zeigt die Ausgangslage der EDU in den Kantonen mit den besten Chancen auf einen Sitzgewinn. Wie viele Prozentpunkte jeweils dafür notwendig sind, kann man im Voraus nicht genau sagen, das hängt z. B. davon ab, ob Restmandate zu verteilen sind oder wie die Listenverbindungspartner abschneiden. Allerdings kann man gewisse Eckwerte abschätzen.



Ihre Stimme zählt!

Im Kanton Bern erreichte die EDU 2011 einen Wähleranteil von 3,1%. Dieses Mal würden im besten Fall ca. 2,9% für einen Sitzgewinn reichen. Bei ungünstigen Rahmenbedingungen müsste die EDU auf etwa 3,3% kommen, um den Wiedereinzug ins Bundeshaus zu schaffen. Auch im Kanton Zürich ist der Sitz ganz klar in Reichweite. Zwar würde das

Ergebnis der letzten Wahlen (2,2%) knapp nicht reichen, doch ab 2,4% ist ein Sitzgewinn möglich, mit 2,6% sogar praktisch sicher.

Selbst im Kanton Waadt könnte es dank einer guten Listenverbindungs-Strategie für einen Sitzgewinn reichen. Im Idealfall wäre ein Sitz bereits ab 1,4% möglich, doch allerdings eher unwahrscheinlich. Mit 2%–2,5%

wäre die EDU bereits sehr gut im Rennen. Ob unsere Partei bald mit 3 Sitzen im Nationalrat vertreten sein wird oder den Wiedereinzug nicht schafft hängt unter Umständen von nur wenigen Stimmen und Prozentpunkten ab. Deshalb ist jede Stimme wertvoll – auch Ihre!

Samuel Kullmann

EINE FRAGE AN CHRISTOPH LINDER

Weshalb kandidieren Sie bei den Nationalratswahlen für die EDU?

«Wenn ich betrachte, in welche Richtung sich die politische Welt bewegt, dann gibt es sehr viel zu tun. Mein Anliegen ist es, dass wir auch in Zukunft Entscheidungen alleine treffen können und nicht jede Beschlussfassung der EU automatisch von uns übernommen wird. Die christlichen Werte müssen erhalten bleiben oder sogar noch verstärkt werden. Ich bin überzeugt, dass sich viele Probleme von alleine lösen, wenn diese Werte gelebt und umgesetzt werden. Als Christen sind wir verpflichtet, uns für diese Werterhaltung einzusetzen. Darum lasst uns aufstehen und vorwärts gehen!



Als Landwirt möchte ich nachhaltig Lebensmittel produzieren und die Nahrungssicherheit sicherstellen. Damit dies in der Schweiz realisierbar ist, bin ich auf eine Politik angewiesen, welche zur Landwirtschaft steht und sieht, dass die landeseigenen Lebensmittel sehr wichtig sind (siehe auch Artikel auf Seite 11, Anm. der Red.). Die EDU ist die Partei, welche meine Meinung und Werte vertritt. Darum hoffe ich sehr, dass sie bei den Wahlen wieder Platz einnehmen wird.»

Christoph Linder, 27-jährig, ledig, Meisterlandwirt, wohnhaft in Oberburg BE

Die Motive dahinter



Bild: Harold Salzmann

Die Argumentation rund um die Kindstötungen im Mutterleib bekommt neue vordringliche Beweggründe. Das proklamierte Recht auf Selbstbestimmung soll auch die Preisgabe des Geschlechts beim Embryo miteinschliessen, damit dieser getötet werden kann, wenn er nicht dem elterlichen Wunsch entspricht.

SP-Ständerätin Pascale Bruderer will in verdankenswerter Weise – wie nun auch der Bundesrat – verhindern, dass auf Grund des Geschlechts abgetrieben werden kann. Damit soll einer möglichen Geschlechterdiskriminierung entgegengetreten werden. Ärzte sollen erst nach den ersten 12 Wochen das Geschlecht bekannt geben dürfen. Neuartige Bluttests machen die Bestimmung des Geschlechts bereits innerhalb der in der Schweiz legalen Frist für Abtreibungen möglich.

Irritierende Feministinnen

Eher unerwartet formiert sich ausgerechnet von feministischer Seite Widerstand. Die Initiantin der geltenden Fristenregelung, Anna-Marie Rey, meinte dazu: «Damit wird erstmals seit 2002 wieder zwischen ‚gerechtfertigten‘ und ‚ungerechtfertigten‘ Schwangerschaftsabbrü-

chen unterschieden» und «zuerst geht es um Geschlechterselektion, dann folgt das Down-Syndrom, dann irgendetwas anderes». Auch die grüne Nationalrätin Yvonne Gilli sieht damit das Selbstbestimmungsrecht der Frauen gefährdet. Damit spricht auch sie sich dafür aus, dass eine Frau ihr Kind allein wegen des Geschlechts abtreiben kann. Ebenso möchte Maya Graf nicht zwischen verschiedenen Motiven unterscheiden und Vertreter der Stiftung für Sexuelle Gesundheit Schweiz betonen zusätzlich das Recht auf Wissen.

Irreführend und verheerend!

Im Abstimmungskampf zur sogenannten Fristenregelung, sprich Recht auf Kindstötung im eigenen Mutterleib bis zur vollendeten 12. Schwangerschaftswoche, wurde von den Gegnern u. a. die Befürchtung geäussert, dass in der Folge allzu leichtfertig abgetrieben werden würde. Vehement wurde hingegen von den Befürwortern betont, dass sich keine Frau den Entscheid leicht mache und zu allererst aus einer Notlage heraus handle. Ja, man zeigte sich entsetzt gegenüber solch grotesken Unterstellungen.

Bis zur 12. Schwangerschaftswoche braucht es keine Angaben von Gründen. Der häufigste Grund für einen Abbruch nach der 12. Woche ist eine Fehlbildung des Fötus, gefolgt von einer körperlichen oder psychischen Erkrankung der

Frau. Abtreibungen finden vereinzelt noch statt, wenn der Fötus bereits eine Chance auf ein Überleben als Frühgeburt hätte. Über 10000 Abtreibungen werden in der Schweiz jährlich vorgenommen. Dazu kommen 100000 «Pillen danach», welche in Apotheken über den Ladentisch gehen. Die Schweizerinnen gebären zu wenige Kinder. Der Nachwuchs fehlt auch zunehmend für die Besetzung von Lehrstellen und Arbeitsplätzen, die Altenpflege und die Sicherung der AHV. Ehepaare mit Kinderwunsch hingegen, welche keine Kinder bekommen, finden in der Schweiz kaum Kinder zur Adoption.

Lebensfeindliches Selbstbestimmungsrecht

Schon im Abstimmungskampf von 2002 gab es vereinzelt Argumente wie das Recht auf Selbstbestimmung. Aber heute werden solche Begründungen viel selbstverständlicher kommuniziert und es zeigt sich, um was es vielen Abtreibungsbefürwortern von Anfang an gegangen war: um die uneingeschränkte Selbstbestimmung, welche sogar eine Kindstötung wegen des «falschen» Geschlechts in Kauf nimmt. Weiterhin stellen sich bei jeder «Fristenregelung» folgende Fragen: Wo bleibt die Wahrnehmung der Verantwortung für vorausgehendes Handeln? Wo bleibt das Recht auf Leben für den Embryo? Wer oder was gibt uns das Recht darüber zu entscheiden, unter welchen Umständen ein Leben lebenswert oder lebensunwert ist? Werden Frauen genügend oder überhaupt über die traumatischen Auswirkungen einer Abtreibung aufgeklärt?

Darüber hinaus zeigt sich einmal mehr, dass der Mensch mit dem Recht auf Abtreibung immer egoistischer und unmenschlicher handelt. Wenn man, aus welchem Grund auch immer, abtreiben kann und selbst das Geschlecht in unserer Gesellschaft eine Rolle spielt, gibt dies sehr zu denken. In Bezug auf werdendes Leben gilt ebenso: Der Umgang des Staates mit seinen schwächsten Gliedern zeigt, wie menschlich und zukunftsfähig er ist.

Restriktive Bundesratsvorlage begünstigen!

Am 14. Juni 2015 hat das Schweizer Stimmvolk im Grundsatz Ja zur Präimplantationsdiagnostik (PID) gesagt. Somit wird es auch in der Schweiz möglich sein, bei der künstlichen Befruchtung Embryonen vor der Einpflanzung in die Gebärmutter zu untersuchen und auszusortieren. Dieser Grundsatzentscheid lässt sich vorerst nicht rückgängig machen, allerdings haben wir die Möglichkeit zu beeinflussen, in welchem Ausmass dies geschieht.

Ende 2014 hat das Parlament das Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG) stark liberalisiert. Es tritt 2016 in Kraft, es sei denn, die Vorlage kommt durch ein Referendum zu Fall. Die EDU Schweiz hat die Präimplantationsdiagnostik (PID) fast einstimmig abgelehnt und unterstützt konsequenterweise nun das Referendum

gegen das revidierte FMedG. Interessant dabei ist, dass der Bundesrat ursprünglich deutlich weniger weit gehen wollte als National- und Ständerat. Bei einem erfolgreichen Referendum gegen das jetzige FMedG dürfte der Bundesratsvorschlag als mehrheitsfähiger Kompromiss wieder zur Sprache kommen.

Grosses Komitee – gute Chancen

Dem überparteilichen Referendumskomitee gehören nebst alt Grossrat Martin Friedli (EDU) auch 47 National- und Ständeräte aus SVP, BDP, CVP, EVP, SP und Grüne an. In der parlamentarischen Debatte waren die Fraktionen der CVP, SP und Grüne mehrheitlich gegen das revidierte FMedG. Es ist zu hoffen, dass die Parteibasis ebenso die Nein-Parole beschliesst. Auch von der SVP darf eine Nein-Parole erwartet werden, da sich die Volkspartei bereits gegen die Legalisierung der PID ausgesprochen hat. Zusätzliche Schützenhilfe kommt von mindestens 18 Organisationen, die sich unter dem Namen «Vielfalt statt Selektion» gegen eine breite Zulassung der PID engagieren.

Bitte unterschreiben Sie jetzt!

Gerne können Sie den beigelegten Referendumsbogen verwenden und bei Bedarf weitere bestellen (www.fmedg-nein.ch / 033 222 36 37). Bitte schicken Sie den vollständig oder teilweise ausgefüllten Bogen baldmöglichst zurück an das Referendumskomitee. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Samuel Kullmann

Referendum gegen die Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG)

Das Schweizer Stimmvolk hat am 14. Juni 2015 der Verfassungsänderung von Art. 119 Abs. 2c zugestimmt. Damit ist die Untersuchung an Embryonen vor deren Einpflanzung in die Gebärmutter (Präimplantationsdiagnostik, PID) grundsätzlich möglich geworden. Viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sagten Ja zur Verfassungsänderung mit der Absicht, in einem weiteren Schritt, nämlich bei der Formulierung des Ausführungsgesetzes, dem «Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG)», die Grenzen ziehen zu können. Dieses Gesetz, das als umstrittensten Punkt auch das sog. Chromosomenscreening (Suche nach Chromosomenstörungen) enthält, steht nun zur Diskussion. Mit dem Referendum kann dieses verfehlte Fortpflanzungsmedizingesetz verhindert werden!

Worum geht es im geänderten Fortpflanzungsmedizingesetz?

• Anwendungsbereiche der PID: Art. 5a Abs. 1-3

Zentrale Änderung ist die Einführung eines neuen Artikels 5a Abs. 1-3 mit dem Titel «Untersuchung des Erbguts von Keimzellen und von Embryonen in vitro und deren Auswahl». Dadurch würde die genetische Suche nach Erbkrankheiten bei erblich belasteten Paaren und nach Chromosomenstörungen von Keimzellen und Embryonen bei allen Paaren möglich. Das heisst, grundsätzlich könnten alle ausserhalb des Mutterleibes erzeugten Embryonen mit allen technisch zur Verfügung stehenden Gentests im Reagenzglas untersucht und selektioniert werden. Mit dieser Untersuchung könnten beispielsweise Embryonen mit dem Down-Syndrom (Trisomie 21) vor der Verpflanzung in den Mutterleib eliminiert werden.

• Von der Dreier- zur Zwölferregel: Art. 17 Abs. 1

Neu dürften pro Behandlungszyklus zwölf Embryonen entwickelt werden. Im geltenden Gesetz sind es deren drei. Also entstünde eine immense Anzahl überzähliger Embryonen.

• Zulassung der Konservierung von Embryonen

Heute ist das Konservieren von Embryonen verboten (Art. 17 Abs. 3, FMedG). Diese Bestimmung soll aufgehoben werden und die sog. Kryokonservierung - also das Tiefgefrieren von Embryonen - würde damit erlaubt. Welche Schäden am Embryo dadurch entstünden, ist noch unbekannt.



Impressum

Herausgeber/Redaktion

EDU-Standpunkt
Postfach, 3602 Thun

Administration und Adressmutationen

033 222 36 37
mutationen@edu-schweiz.ch

Redaktion und Marktplatzinserate

033 222 37 07
redaktion@edu-schweiz.ch
Fax 033 222 37 44

Anzeigenverkauf (ohne Marktplatz)

031 818 01 42
inserate@edu-schweiz.ch

Postcheck 30-23430-4

(IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4)
www.edu-schweiz.ch

Abo: CHF 30.-/25 € (inkl. 2,5% MWST)

Redaktion

Hans Moser, Daniel Beutler,
Arthur Gasser, Roland Haldimann,
Thomas Käser, Lisa Leisi, Markus
Reichenbach, Daniel Suter,
Eveline Rytz (Schlussredaktion),
Harold Salzmann (Layout)

Schreibende geben ihre
persönliche Ansicht wieder.

Layout: EDU

Druckvorstufe, Druck und
Spedition: www.jordibelp.ch

Erscheint monatlich, 11 Ausgaben

Keine Entscheide ohne Fakten und genaue Analyse

Heute zeigt sich immer deutlicher, dass wir in unserem Land bis vor wenigen Jahren über eine hervorragende Stromversorgung verfügten. Diese Errungenschaften waren der Spiegel einer leistungsfähigen schweizerischen Gesellschaft, geschaffen von tüchtigen Unternehmern, zum Wohle der Bevölkerung und einer prosperierenden Wirtschaft.

Unsere Stromversorgung setzt sich aus 55% Wasserkraft, 40% Kernkraft und 5% thermischer und anderer Erzeugung zusammen. Seit längerem stellt sich die Frage, mit welchen Energieträgern zukünftige Bedürfnisse gedeckt werden können, nachdem das Volk den Weiterausbau der Kernkraft mit einem Moratorium belegte und die weitere Nutzung von Wasserkraft an Grenzen gestossen ist. Auch heute noch sind wir fast das einzige Land auf Erden, das praktisch kein CO² für die eigene Stromproduktion emittiert. Dumm nur, dass der Super-GAU im KKW Fukushima, das aus Altersgründen ein Jahr später hätte ausser Betrieb gesetzt werden sollen, die politischen Instanzen in Deutschland und der Schweiz innert wenigen Tagen kopflos Entscheidungen fällen liess, welche die Versorgungssicherheit nachhaltig in Frage stellen könnten. Künftige Kosten und andere Schwierigkeiten, die man mit einem solchen Abenteuer den Menschen in unserem Land aufbürden würde, sind ein anderes Thema.

Die Folgen

Der Flutterstrom aus der Fotovoltaik speist das Netz unregelmässig und in einer Grössenordnung, dass zeitweise bis 20% überflüssige Energie den Strompreis auf null sinken lässt. Weil der Strom liberalisiert wurde, wird unser Netz von Solarstrom aus Deutschland überschwemmt. Als Folge davon kann die Wasserkraft, die punkto Ressourcenschonung das Beste darstellt, nicht mehr ausgebaut werden – es fehlen die Mittel, die vorher als



Bild: Staumauer Lac de Montsalvens FR, Eveline Rytz

Marge des Stromgeschäftes dafür eingesetzt werden konnten.

In Deutschland kostet der Strom mittlerweile etwa das Doppelte, weil die neuen Kosten der vielen Fotovoltaik- und Windkraftanlagen dem Konsumenten aufgebürdet werden!

Katze beisst sich in den Schwanz

Die nebeneinander aufgegleisten Projekte, Umbau der Energieerzeugung (Energie-wende) und Senkung des CO²-Ausstosses durch Verkehr, Heizungen und Wirtschaft passen nicht zusammen, weil die Kernkraft, die kein CO² ausstösst, wegfallen soll. Sollen wirklich 40% der Energieproduktion ohne anfallendes CO² mit erneuerbaren Energien ersetzt werden, die den Nachteil haben, nur bei Sonne und Wind Strom zu liefern? In sonnenarmen Zeiten und v. a. im Winter müsste mittels Gas- und Kohlekraftwerke die fehlende Energie erzeugt werden, was den Schadstoffausstoss gewaltig erhöhen würde und das Gegenteil des gewünschten Ziels, weniger CO² zu produzieren, bewirkt! Leider haben die Fachleute, die sich seit über 100 Jahren um eine super Stromversorgung kümmerten, nichts zu sagen...

Ebenfalls in die falsche Richtung läuft die finanzielle Förderung von Solarstrom. Damit würden Arbeitsplätze geschaffen, meinen die Verfechter der erneuerbaren Energien. Infolge des Preiszerfalles, hervorgerufen durch die chinesischen Lieferanten von Solaranlagen, bleiben viele hiesige Hersteller auf der Strecke. Mit unseren Steuergeldern subventionieren

wir nun ausländische Lieferanten und konkurrenzieren zugleich, indem zu gewissen Zeiten überflüssiger Strom ins Netz gespeist wird, unsere eigenen Wasserkraftwerksbetreiber. Diese verfügen deshalb nicht mehr über die finanziellen Mittel, um weiter in die bestehenden Anlagen zu investieren.

Lieber kassieren als investieren

Die energetische Erneuerung älterer Liegenschaften bleibt ebenfalls auf der Strecke, weil es im Moment besser rentiert, als Investor die «Kostendeckende Einspeisevergütung» (KEV) zu kassieren und auch den ins Netz gelieferten Strom noch bezahlt zu bekommen. Die thermischen Solaranlagen, die Wärme ins Haus bringen und als echter Beitrag zur erneuerbaren Energieversorgung etwa 30% des Bedarfes an Wärme und Strom eines Hauses beisteuern, werden fast nicht mehr gebaut. Anstatt eine Solaranlage mit langer Lebensdauer zu bauen, werden «Stromerzeugungsanlagen» auf dem Dach montiert, obwohl wir bei Sonnenschein häufig zu viel Strom im Netz haben. So werden Liegenschaften nicht aufgewertet.

Sind Politiker die richtigen Fachleute?

Die Politik entscheidet ungeachtet von physikalischen und ökonomischen Gegebenheiten. Sie lässt sich von Experten beraten, die wenig Bezug zur Realität haben. Solche Entscheide sind ideologisch besetzt, auch wenn es Fachleute der ETH

sind. Sie haben schliesslich den Auftrag, den Bundesrat in seinem Vorgehen zu unterstützen! Die Politik hat immer wieder Entscheide gefällt mit der Vorstellung, Gutes zu tun; daraus ist aber Verheerendes entstanden, mit nachteiligen, gar schwerwiegenden Folgen fürs Land. Sind Politiker eher bemüht, die Welt nach ihrem Denken zu verändern, das den Anspruch nach Gerechtigkeit und anderer Attribute erfüllen soll? Ob die Rechnung aufgeht, wissen wir nicht erst im Jahre 2050. Schon heute ist zu erkennen, dass grössere Schwierigkeiten anstehen, die notwendige Energie bereitzustellen, auch unter dem Gesichtspunkt, dass die Bevölkerung der Schweiz weiter wächst. Zudem ist mit mindestens 100 Mrd. CHF für das Projekt Energie 2050 zu rechnen,

ohne dass eine Verbesserung oder mehr Unabhängigkeit für die Energieerzeugung auszumachen sind. Das Projekt Energie 2050 fusst nicht auf dem Boden der Vernunft – es ist von Ideologie und Wunschen gezeichnet. Meinen wir etwa so unsere Energiezukunft zu beschreiten? Weltweit stehen über 500 Kernkraftwerke im Einsatz. Die Chinesen nehmen laufend KKW's in Betrieb, weil sie unbedingt von fossilen Energieträgern wegkommen wollen und einen riesigen Energiehunger haben. Was ist vernünftiger – dies bleibt eine Glaubensfrage.

Verschiedene Energieträger

Die Mischung ist von den Gegebenheiten im Land abhängig. Wenn es in den

nächsten Jahren gelingt, die Geothermie zu nutzen, wird das von grosser Bedeutung für die zukünftige Bereitstellung von Strom werden. Nur der Weg dahin ist lang und steinig. Auch auf dem Gebiet der Kernkraft gibt es neue Erkenntnisse, das Uran wird ersetzt werden können, die Aufbereitung der Brennstäbe ist weniger schadstoffanfällig. Zu guter Letzt hoffen wir auf den Durchbruch der Kernfusion. Das Thema Energie bleibt aktuell (siehe auch Artikel unten). Es darf nicht allein den Politikern überlassen werden – es steht zu viel auf dem Spiel!

Martin Lex

AM 18. OKTOBER 2015 DIE WEICHEN RICHTIG STELLEN:

Stopp der grün-roten Energie-Ressourcenvernichtung!

Hinterfragung und Kritik an allem, was heute unter den Begriffen «Öko...», «Bio...» oder «Umwelt...» verbreitet wird, gilt als ketzerisch und umweltfeindlich. Öko-Prediger geniessen faktisch einen «päpstlichen» Unfehlbarkeitsschutz.

Trotzdem ist vieles, was unter diesen Titeln verbreitet wird, gemessen an der Realität falsch, so z.B die «Klimakeule». Klimaveränderungen sind natürlich und werden primär von der Sonnenaktivität bestimmt, der Einfluss von CO² ist vernachlässigbar. Unter den zurückweichenden Gletschern kommen u. a. Baumstrünke früherer Wälder zum Vorschein, was belegt, dass die Waldgrenze früher deutlich höher lag als heute, weil das Klima milder war.

Rote Zahlen rufen...

Kürzlich haben die zu rund 80% den Kantonen und Gemeinden, also dem Steuerzahler gehörenden Stromkonzerne AXPO, ALPIQ und BKW wieder Milliarden-Abschreibungen auf ihren Anlagen, bzw. ihren Wasserkraftwerken bekanntgeben müssen. Hauptgrund für diese Misere ist die fehlgeleitete Energiepolitik in der Schweiz und in Europa. Diese Politik hat für sogenannt erneuer-

baren Strom eine Vorrangregelung für die Netzeinspeisung geschaffen und die Produktion von Wind- und Solarstrom mit staatlichen Milliarden-Subventionen gefördert. Diese Markt verfälschenden Subventionen werden mit Zwangsabgaben auf dem Stromverbrauch finanziert. Die zeitweilige Überproduktion von Solar- und Windstrom führt zu einem Strompreiserfall auf ca. 3 bis 5 Rp./kWh, der bei konventionellen Kraftwerken die Produktionskosten nicht mehr deckt. V. a. deshalb schreiben die Schweizer Wasserkraftwerke rote Zahlen (siehe auch Artikel links).

...nach roter Karte

Die Wettbewerbsbehörden in der Schweiz und der EU verschliessen vor diesen staatlichen Ökostrom-Kartellen brav die Augen. Umweltorganisationen und deren grün-roten Politiker und ihre bürgerlichen Helfershelfer ergreifen bei Kritik die «Klimakeule» und knüppeln jegliche Opposition gegen diese verantwortungslose Energie-Ressourcenvernichtung nieder. Das hindert die Öko-Ideologen auch nicht daran, mit Verweis auf Fukushima einen Atomausstieg zu fordern. Leider sind sie nahezu erkenntnisresistent und ignorieren z. B. Berichte wie jenen des deutschen Atomforums e. V. in Berlin vom März 2015. Sonst hätten sie festgestellt, dass menschliches Versagen zur Katast-



rophe in Fukushima Daiichi führte und warum im ein paar Kilometer südlich auch an der Küste gelegenen Atomblock von Fukushima Daiini mit der gleichen ca. 14m hohen Tsunami-Welle die Kühlung der automatisch abgeschalteten Reaktoren durch die Notstromversorgung weitgehend funktionierte. Die Energiestrategie 2050 des Bundes ist Teil dieser falschen Energiepolitik. Es liegt deshalb im Interesse unserer sicheren Stromversorgung und der Erhaltung der real ökologischen schweizerischen Wasserkraft, dass Sie am 18. Oktober mit ihrem Wahlzettel den grün-roten Ressourcenvernichtern die rote Karte zeigen!

a. NR Markus Wäfler



Sein Flair für Zahlen kommt dem Bauingenieur auch in seiner beruflichen Tätigkeit zugut.

«Politik ist für mich Leidenschaft!»

Schon früh vom Politvirus befallen, fand der Emmentaler durch die Initiative «Recht auf Leben» zur EDU. Sowohl in seiner Tätigkeit als Gemeinderat in Sumiswald als auch als Grossrat des Kantons Bern hat er sich viel Wissen im Bereich Finanzen angeeignet. Aber auch ethisch-moralische Belange sind dem erfahrenen Wirtschaftspolitiker ein grosses Anliegen. Seine politischen Erfahrungen würde er gerne auch auf nationaler Ebene einsetzen. Die EDU im Gespräch mit dem Nationalratskandidaten Martin Friedli.

«EDU-Standpunkt»: Welches Buch der Bibel lesen Sie zurzeit?

Martin Friedli: Ich lese zurzeit nicht explizit in einem Buch der Bibel. Das Andachtsbuch mit Bibeltexten von Joel Osteen begleitet und ermutigt mich täglich aufs Neue dran zu bleiben und meinen Glauben zu leben.

Wie begann ihre politische Laufbahn? Mich hat das Politvirus schon früh erfasst. Ich kann mich daran erinnern, dass ich ein Jahr nachdem ich wahlberechtigt war, anlässlich der Nationalratswahlen einen WK absolvierte. Ich wusste, dass ich am Abstimmungswochenende Sonntagswache haben würde. Ich wollte aber unbedingt meine Stimme abgeben. Da es damals die Möglichkeit der brieflichen Stimmabgabe noch nicht gab, erkundigte ich mich auf der Gemeinde, wie ich denn in einem solchen Fall abstimmen

könne. Ich musste dann ein Gesuch für eine vorzeitige Abgabe meines Wahlzettels einreichen, welches bewilligt wurde. Ich war glücklich, dass ich meine Liste abgeben konnte. Die EDU war zu diesem Zeitpunkt allerdings bei mir noch nicht präsent...

Warum sind Sie dann kurz später der EDU beigetreten und nicht einer anderen Partei?

Ich hatte Sympathien sowohl für die FDP als auch für die EVP. Ich fand mich jedoch mit beiden Parteiprogrammen nicht zurecht, die ideologischen und ethischen Ansichten stimmten für mich nicht. 1984 war die Initiative «Recht auf Leben» aktuell. Dieses Thema interessierte mich sehr. Kaum nach Sumiswald gezogen, besuchte ich dazu einen Infoabend im Gasthof Kreuz. Zu meinem Erstaunen waren dort recht viele EDUler anwesend. Daraufhin habe ich

diejenige politische Partei gefunden, welche zu mir passte, und zwar in biblisch-ethischer wie auch wirtschaftlicher Hinsicht.

Im Grossrat waren Sie als einer der wirtschaftsfreundlichsten Politiker bekannt. Was macht für Sie eine wirtschaftsfreundliche Politik aus?

Mein Vater gründete Anfang der 50er-Jahre ein Malergeschäft und ich habe in meiner Jugendzeit die Sorgen und oft auch Leiden eines kleinen Gewerbebetriebes sehr nahe miterlebt. Was heisst schon wirtschaftsfreundlich? Ich finde auch nicht alles gut, was die Wirtschaft verlangt und oft auch bietet. Für mich sind aber der Erhalt der Arbeitsplätze und die Würde des Menschen bei der Arbeit äusserst wichtig. Ein gut funktionierendes Gewerbe, starke KMU-Betriebe und eine gesunde Wirtschaft sind eine absolute

Notwendigkeit für die Umsetzung einer wirksamen Sozialpolitik.

Gibt es manchmal auch eine Gratwanderung zwischen Wirtschaftsfreundlichkeit und dem Huldigen des Mammons?

Für mich gibt es dies nicht. Die Situation ist klar. Jedes Unternehmen braucht Geld für seine Existenzsicherung. Geld soll ehrlich verdient werden und eine Leistung muss zwingend gegenüberstehen. Erträge, ohne dass eine Leistung dahintersteht, sind negativ und bringen uns in eine ungesunde Lage. Unser Problem ist aber auch, dass wir uns oft sogar von einem minimalen Leistungsprinzip abwenden. Auch dies ist sozialpolitisch unverträglich.

Welche Staatsmänner haben Sie besonders inspiriert?

Als Magistrat war dies Bundesrat Willi Ritschard, als Parlamentarier mit vorbildhaftem Glauben und Durchhaltewillen der Hauptinitiant und Mitbegründer der EDU, Werner Scherrer.



Martin Friedli, geb. 1958, verheiratet mit Beatrice, 4 Kinder und 10 Enkelkinder

Inhaber mf consulting oey AG, VR-Präsident der Egger Bauunternehmung AG, Frutigen

Seit 1985 Mitglied der EDU

1993–1998 Gemeinderat in Sumiswald, Ressort Finanzen

1997–2012 Grossrat des Kantons Bern, wovon 6 Jahre in der Finanzkommission

Mitglied Kantonalvorstand EDU Kanton Bern

Mitglied Geschäftsleitung der EDU Schweiz

Hobbys: Familie und Politik

Wohnhaft in Sumiswald BE

Der Soziologe Max Weber (1864–1920) hat einmal gesagt: «Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmass zugleich.» Was ist Ihre Motivation, sich politisch zu engagieren? Politik ist für mich eine Leidenschaft! Die Überlegung, was sich in Zukunft einstellen könnte, wenn so oder so entschieden wird, ist unheimlich spannend. Zu-

sehr viel zufriedenstellende Arbeit leisten können. Vorlagen, welche ethische wie auch Bereiche der Glaubens- und Meinungsfreiheit tangierten, waren stets auch in meinem politischen Interesse. Hier war es wichtig unsere Überzeugung zu postulieren, auch wenn wir oft keine Mehrheiten dafür gewinnen konnten. Das Knüpfen von sehr vielen positiven Kontakten wurde dadurch ermöglicht, die guten

«Wenn man in der EDU politisiert, ist das Bekenntnis klar; das hat auch grosse Vorteile.»

dem erlebte ich vor 30 Jahren eine klare Berufung, mich um christliche Politik zu bemühen, und zwar ganz klar in der EDU. Ich hatte dadurch manch tolles Erlebnis mit Mitmenschen und Gespräche über meinen Glauben an Gott und Jesus Christus. Wenn man in der EDU politisiert, ist das Bekenntnis klar; das hat auch grosse Vorteile. Mein Horizont wurde durch die politische Arbeit sehr erweitert, es ist eine grosse Lebenserfahrung. Ich bereue keinen Moment, dass ich diesen Weg gegangen bin, bzw. gehen durfte. Schön wäre es, wenn ich meine politische Erfahrung auch noch auf nationaler Ebene einsetzen könnte.

An welchen politischen Erfolg während Ihrer Zeit im Grossrat erinnern Sie sich gerne?

An die Einführung der höheren Kinderzulagen über dem Bundesminimum im Kanton Bern und an die Platzierung von höheren Kinderabzügen bei den Steuergesetzrevisionen. Gesamthaft macht dies doch ca. 100 Mio. CHF im Jahr aus, welche in den letzten acht Jahren den Familien mit Kindern zufließen konnten.

Durch meine Kenntnisse im Bauwesen, konnte ich auch einiges bei Investitionsvorhaben positiv beeinflussen. Die Finanzvorlagen interessierten mich auch sehr, insbesondere die Verteilung der Mittel und die Finanzströme im Kanton Bern. Der Finanz- und Lastenausgleich unter den Gemeinden ist sehr komplex, aber an Spannung kaum zu überbieten. Die Revision des FILAG (Finanz- und Lastenausgleichsgesetz) hat mir sehr Spass gemacht. Während meiner Zeit in der Finanzkommission habe ich generell

Gespräche über meinen persönlichen Glauben waren eine Genugtuung. Das Gebet zu Beginn der Fraktionsitzungen hat ebenfalls viel dazu beigetragen.

Welche Themen würden Sie bei einer Wahl in den Nationalrat als erstes anpacken?

Meine politische Laufbahn hat mit der Initiative «Recht auf Leben» begonnen, das will ich nicht verkennen, christliche und ethische Werte sind mir wichtig. So darf ich bereits auch im Co-Präsidium des Referendums gegen das Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG) mitwirken (siehe Artikel auf Seite 5 und beiliegender Unterschriftenbogen, Anm. der Red.). Die gleiche Position hatte ich bereits bei der Abstimmung zum Verfassungsartikel über die Präimplantationsdiagnostik (PID) inne.

Die Haltung unseres Landes zu Israel muss verbessert werden und wird auf meiner politischen Agenda ihren Platz haben. Als erfahrener Berufsmann im Bauhauptgewerbe will ich auch die wirtschaftlichen Bedingungen für KMUs in Handwerk und Gewerbe verbessern und stabilisieren. Die Bürokratie ist diesbezüglich zu gross und verschlingt unnötig wertvolle Ressourcen. Starke Klein- und Mittelbetriebe sowie eine vernünftige Wirtschaftsaktivität sind der Garant für stabile Arbeitsplätze.

Herr Friedli, wir danken für dieses Interview und wünschen Ihnen weiterhin viel Freude, Kraft und Gottes Segen in Familie, Beruf und Politik.

Interview: Samuel Kullmann

Und das mit Steuergeldern...?

In diesen Tagen drehen Schweizer Filmemacher aus der LGBT*-Szene einen alternativen «Heidi-Film», der darauf abzielt, Kinder in ihrer Geschlechtsidentität als Mädchen oder Junge zu verwirren und zu destabilisieren.

Die Filmemacher haben bereits finanzielle Unterstützung bei der Kulturförderungskommission des Kantons Obwalden beantragt.

Der Kinderfilm, der als Neuinterpretation von «Heidi» aus der Gender-Perspektive bezeichnet wird, will bereits mit dem Titel «Limina», dem Plural des lateinischen «Limen» (Grenze), eine angeblich nur vage, in Wirklichkeit fließende Grenzziehung von Geschlecht ausdrücken. Der Kurzfilm des gebürtigen Engelbergers Florian Halbedl und seines Transgender-Lebensgefährten Joshua Ferguson erzählt die Geschichte der achtjährigen Alexandra, die gezielt als geschlechtlich nicht festgelegt («gender-fluid») dargestellt wird. Der Film, so die moralisierende Botschaft, wolle Eltern dazu «ermutigen» Kindern kein Geschlecht «aufzuzwingen». Nach Medienberichten soll die Kulturförderungskommission des Kantons Obwalden an einer Mitfinanzierung grosses Interesse gezeigt haben.

Angesichts der Tatsache, dass Transsexualität und Transgenderismus gemäss WHO-Klassifizierung als Störungen der Geschlechtsidentität den Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen zugerechnet werden, kann dieses Filmprojekt nur als perfide Propaganda der LGBT-Lobby bezeichnet werden. Das italienische Nachrichtenportal Corrispondenza Romana bezeichnet diesen Versuch, Transsexualität oder Transgenderismus zu normalisieren, als «ein Attentat auf die Kindheit mit verheerenden psychologischen und sozialen Folgen».

CitizenGO v. 19.09.2015

*LGBT: Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender

«Total Mensch»

Unter diesem Motto fand der Marsch fürs Läbe dieses Jahr in Zürich Oerlikon statt. Zum ersten Mal waren auch die SEA und die EVP dabei. Papst Franziskus betonte in seiner Grussbotschaft, dass es für einen Christen Pflicht sei, sich für den Schutz des menschlichen Lebens einzusetzen.

Beatrice Gall (Zukunft.ch), welche die Umrahmung des Anlasses gestaltete, zitierte Dietrich Bonhoeffer mit den Worten: «Die Ausschaltung der Schwachen ist der Tod der Gemeinschaft.» Bischof Charles Morerod liess sich wegen einer kurzfristigen Verpflichtung in Rom durch Weihbischof Marian Eleganti vertreten. Er bezeichnete Abtreibung als schweres Übel und betonte: «Es ist unsere Pflicht, das Leben derer zu verteidigen, die sich nicht verteidigen können.» Marc Jost (SEA/EVP) betonte die Menschenwürde, und machte die fragliche Aussage, dass Gott in jedem Menschen sei.

Der anschliessende Marsch mit ca. 2000 Teilnehmern verlief relativ friedlich. Ver-

einzel waren Sprechchöre der Linksautonomen auszumachen, die Polizei war aber nie zu grösseren Aktionen wie in den Vorjahren genötigt. Das liegt wahrscheinlich an der Route, die von der Polizei vorgegeben worden war – leider wird der Marsch immer mehr aus dem Zentrum der Stadt Zürich weggedrängt. Als die Spitze des Zuges den Ausgangsplatz erreichte, erstellten die Gegendemonstranten eine Sitzblockade bei der Bühne. Diese wurden darauf von der Polizei umstellt und das Programm neben der Bühne weitergeführt. Die Lautsprecher mussten lauter eingestellt werden, um die primitiven Sprechchöre zu übertönen. Nach einiger Zeit führte die Polizei diejenigen Leute ab, welche nicht aufs Maul hocken konnten und die Sitzblockade löste sich auf. Parallel dazu hielt Marianne Streiff (EVP) ihre Rede. Wie ihr EVP-Kollege betonte sie die Menschenwürde und machte die Teilnehmer auf das Referendum gegen das FMedG aufmerksam, unterliess es aber, die EDU als Unterstützerin zu erwähnen.

Es ist schade, dass die EDU als langjährige, treue Partnerin des Marsches im Wahljahr keine Möglichkeit bekam, ebenfalls ein Wort an die Teilnehmenden zu richten.

Adrian Rechsteiner



Aus Berufung Landwirt von Beruf

Bereits am Anfang der Bibel in 1. Mose 8,22 heisst es: «Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht.» Diese wunderbare Zusage unseres Schöpfers beweist, dass Landwirtschaft Zukunft hat.

Gerade in einer Zeit ständiger Reformen und Gesetzesänderungen, ist es gut zu wissen, dass Landwirt zu sein eigentlich eine Berufung ist. Landwirte wollen die Erde bebauen, erstklassige Lebensmittel produzieren und unsere guten Bedingungen dazu nutzen. Geben wir doch als Gesellschaft der Landwirtschaft ihre Wertachtung, so wie es der Schöpfer gedacht hat.

In der Landwirtschaft verwurzelt

Als jüngster von fünf Söhnen bin ich in Oberwil i.S. auf einem Bauernhof aufgewachsen. Da der Betrieb recht klein war, musste unser Vater immer einem Nebenerwerb nachgehen. Wir Buben waren deshalb immer gefordert und beschäftigt und wussten schon früh, wie die Landwirtschaft, insbesondere die Viehwirtschaft funktioniert. Während meine Brüder Handwerk-Berufe erlernten, war für mich klar, dass ich Landwirt werden und den Betrieb übernehmen und ausbauen wollte. Auf unserem Milchwirtschaftsbetrieb mit Kälbermast bewirtschaften wir gut 20 ha Nutzfläche. Im Jahr 2011 konnten wir unseren Freilaufstall bauen und sind nun optimal und nach den neusten Vorschriften eingerichtet. Seit diesem Jahr bilde ich einen Lehrling aus. Die ganze Familie hilft bei Arbeitsspitzen im Betrieb mit.

Verteilkampf bei Direktzahlungen

Mit der neuen Agrarpolitik 2014/17 (AP 2014/17) wurde ein neues Direktzahlungssystem eingeführt, welches u. a. mehr Ökologie, weniger Produktion, keine Tierbeiträge, dafür Biodiversitätsbeiträge, weniger Marktlenkung, mehr Marktwirtschaft oder gar einen total



Andreas und Kathrin Gafner mit ihren Töchtern Melissa, Flavia und Carina (v.l.n.r.)

freien Markt und die Öffnung sämtlicher Grenzen verlangt.

Seit der Einführung der Direktzahlungen im Jahr 1993 hat es einige Reformen und Richtungsänderungen gegeben. Der ursprüngliche Sinn der Direktzahlungen war die Verbilligung von Grundnahrungsmitteln, die in der Schweiz produziert werden. Das Berechnungssystem der neuen AP 2014/17 basiert v. a. auf der bewirtschafteten Fläche. Wer viel Fläche bewirtschaftet und wenig produziert, profitiert am meisten. Die Anbauprämien im Ackerbau wurden gesenkt oder gar abgeschafft, dafür erhält der Landwirt Biodiversitätsbeiträge (früher Öko-Beiträge) in allen Varianten, selbst Alpbetriebe. Neu werden auch sogenannte Landschaftsqualitätsbeiträge (LQB) ausbezahlt, um die Teilnahme an regionalen Projekten abzugelten. Der administrative Aufwand steigt stetig und viele Betriebsleiter können die Erhebungen nicht ohne externe Hilfe ausfüllen. Ich betrachte es als gefährlich, wenn sich Betriebe nur noch auf die Direktzahlungen ausrichten und so Berg- und Talbauern gegeneinander ausgespielt werden. Sicher macht es Sinn, das System der Direktzahlungen zu optimieren, doch sollte die Produktion von Nahrungsmitteln immer noch die vordergründige Aufgabe der Landwirtschaft sein. Der Selbstversorgungsgrad der Schweiz ist weiter im Sinken begriffen und ich hoffe, dass die nächste Agrarrunde dies wieder korrigieren wird.

Landwirtschaft heute

Die Zeiten der Gotthelf-Filme sind längst vorbei, Knechte und Mägde mussten der

Mechanisierung Platz machen. Viele Betriebe werden aber auch heute noch als Familienbetriebe geführt, ein bewährtes System. Das Leben und Arbeiten auf engem Raum ist oft eine Herausforderung. Deshalb ist gerade auch hier der Einbezug unseres Schöpfers wichtig, denn nur ER schenkt das Gelingen und den Segen!

Andreas Gafner, Gemeinde- und Gemeinderatspräsident, Oberwil i. S.

ZAHL DES MONATS

1400

Der Strukturwandel in der Schweizer Landwirtschaft hält unvermindert an. Allein im Jahr 2013 sind fast 1400 Betriebe eingegangen, seit 2003 hat jeder sechste Bauer seinen Beruf an den Nagel gehängt.

Im Jahr 2013 zählte das Bundesamt für Statistik (BFS) noch 55 207 Landwirtschaftsbetriebe, 2,4% weniger als im Vorjahr. Von 2003–2013 nahm die Zahl der Bauernhöfe um fast 10 700 ab. Im gleichen Zeitraum sank auch die Zahl der in diesem Sektor Beschäftigten um rund 34 300 auf 158 900 Personen. Von diesen arbeiten 55% Teilzeit. Vier von fünf Arbeitskräften in der Landwirtschaft sind Familienmitglieder des Betriebes.

Eine Abrechnung mit dem griechischen Götterolymp?

Bild: freemages.com

Die Griechenlandkrise hat die EU in eine nie gekannte Rat- und Hilflosigkeit getrieben. Was ist da los? Könnte am Ende das Ganze, geistlich gesehen, als eine Art endzeitlicher Abrechnung des Allmächtigen mit der antiken griechischen Götterwelt gesehen werden, welche die gesamte Geistesgeschichte Europas so stark beeinflusste?

Griechenland steht, das hat uns der Sommer 2015 drastisch vor Augen geführt, als Hauptakteur der Eurokrise am Abgrund. Und mit Hellas, so hatte man in den letzten Monaten den Eindruck, steht auch die EU – oder zumindest deren offizielle Vertreter – am Abgrund mit ihrer Ratlosigkeit. Die Reaktionen und Gegenmassnahmen der Politiker wie etwa die Nullzinspolitik oder die gleichzeitige Ausschüttung riesiger Geldmengen durch die Europäische Zentralbank (EZB) vermögen viele Bürger auch nicht mehr so recht zu überzeugen. Spüren sie, dass diese Massnahmen wohl nicht viel mehr sind als das Erkaufen von Zeit, nur eine kurzfristige Symptombekämpfung, mehr nicht? Eines ist sicher: die Griechenlandkrise wird noch weiter zu reden geben.

Wiege europäischer Kultur

Die Griechen waren schon früh sehr erfolgreiche Handel treibende Seefahrer, deren Kultur sich im gesamten Mittelmeerraum verbreitete. Sie brachten sehr begabte Künstler, Mathematiker (Pythagoras) und Philosophen hervor. Doch gleichzeitig haben sie sich einen unglaublichen Harst von selbsterfundene Götzen erschaffen, die bezeichnenderweise allesamt aus dem Chaos entstanden sein sollen... Der Berg Olympe wurde in der griechischen Mythologie zu deren Wohnsitz. Neben den über 30 sogenannten vorolympischen gesellen sich, beginnend mit dem Göttervater Zeus nochmals über 30 nacholympische Götter, Halbgötter,

Titanen, Kentauren, Nymphen und dergleichen mehr dazu. Gerade dieser Harst an mythologischen Figuren prägte in der Folge nicht nur die römische Kultur, sondern z. B. mit der Wiedergeburt des antiken Geistes in der Zeit der Renaissance die gesamte europäische Kultur wesentlich. So hat eine kleine zerklüftete Halbinsel mit ihren zahllos verstreuten Inseln im nordöstlichen Mittelmeer die geistige Gestalt ganz Europas stärker geprägt, als jede andere antike Kultur bis heute.

Europas geistige Prägung

Im Jahr 146 vor Christus wurde Griechenland römische Provinz. Die Werke des führenden griechischen Mythendichters Homer (Ilias und Odyssee) und die Sagen und Geschichten des gesamten griechischen Götterolymps wurden von den Römern mit grosser Bewunderung übernommen. Im Mittelalter war es dann z. B. Dante Alighieri, der diese griechische Mythenwelt begeistert weitergab, etwa indem er Homer «den Ersten unter den göttlichen Dichtern» und Vorbild des von ihm verehrten Vergils nannte. Dantes eigenes Hauptwerk, die «Divina Commedia», hatte wiederum Auswirkungen auf ganze Zeitalter von Schreibern, insbesondere auch auf die Vertreter der Moderne des 20. Jahrhunderts. Zahllose europäische Dichter, wie z. B. Hölderlin und Goethe, haben Griechenland und die griechische Götterwelt regelrecht verehrt. Friedrich Schiller etwa verfasste das Gedicht «Die Götter Griechenlands» in dem Griechenland und seine Götter als total positiv und friedlich gezeichnet werden. Auch Wilhelm von Humboldt huldigte dieser Griecheneuphorie und prägte damit das europäische Bildungswesen über Jahrhunderte, indem er die griechische Sprache (neben der lateinischen) zum Kernstoff der Bildung des Humanistischen Gymnasiums machte. So wird ersichtlich, wie grundlegend die ganze europäische Geistesgeschichte durch all die Jahrhunderte hindurch vom antiken Griechenland und seinen Mythen durchdrungen wurde. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass selbst die geis-

tige Bewegung des Humanismus, auf dem die Weltanschauung so vieler Menschen basiert, von Anfang an vom antiken Griechenland geprägt war. So war der römische Autor und Denker Cicero, der als erster den systematischen Begriff der «Humanitas» prägte, der später zum wichtigsten Impuls für den Renaissance-Humanismus wurde, stark von der griechischen Mythologie und Literatur beeinflusst. Er war davon überzeugt, dass die Menschlichkeit (das Mitfühlen als wichtigste Qualität des Menschen) von den Griechen zu den anderen Völkern übergegangen sei.

Söhne Hellas' oder Zions?

Wenn der Schreibende hier zum Schluss kommt, dass mit dem aktuellen Bankrott Griechenlands so etwas wie ein Gericht Gottes über den gesamten griechischen Götterolymp und damit auch über Europa (die EU versteht sich auch als Nachfolgerin des Heiligen Römischen Reiches, das so stark von diesen griechischen Götzen geprägt war) hereinbricht, so möchte er in aller Form festhalten, dass es in erster Linie nicht um die heutigen Griechen geht, sondern um diese historisch-geistesgeschichtlichen Dimensionen. Könnte das, was wir jetzt in der Griechenlandkrise erleben, eine Art endzeitliche Abrechnung des Allmächtigen mit dem ganzen griechischen Götterolymp, dem mythologischen Klimbim sein, auf den Europas Kultur und ihre geistigen Eliten so stolz waren? Eine Abrechnung mit dem Humanismus griechischer Prägung, der lediglich auf dem Menschen, seinen Werten und Götzen basiert, und den Gott der Bibel negiert? Ist der Allmächtige, dessen Ehre gestohlen wurde, jetzt daran, das zu tun, was ER in seinem Wort gesagt hat: Nämlich alles, was sich erhebt gegen den Berg Zion zu erniedrigen, weil der Gott des Zionsberges sein Recht einzufordern beginnt? Dann ist es an der Zeit, dass wir uns darüber klar werden, zu wem wir gehören: Zu den «Söhnen (oder Töchtern) Griechenlands» (wobei hier die Menschen gemeint sind, die sich auf Götzen verlassen) oder zu den «Söhnen (und Töchtern) Zions»?

Christian Wider

Haben die Schweiz und Europa ein Self-made-Problem?

Regelmässig berichten die Medien über tödliche Flüchtlingstragödien auf dem Mittelmeer, am Evros-Fluss zwischen Griechenland und der Türkei oder in Flüchtlings-LKWs auf der berüchtigten Balkanroute.

Darauf reagieren die Schweiz und andere europäische Länder mit noch offeneren Grenzen, noch höheren Anerkennungsquoten der Asylgesuche, was wie eine Einladung in die Herkunftsländer wirkt. Man hat sich in der Schweiz derart in diese Flucht nach vorne verrannt, dass man nicht mehr merken will, dass gerade diese aktuelle Asylpraxis einer der Antriebsmotoren des ganzen Asyl- und Schlepperproblems sein könnte.

Einige Überlegungen aus meiner persönlichen Sicht:

- Wer in Afrika oder anderswo seiner Familie das wenige Vermögen, das sie besitzt, abzockt, um sich mit Hilfe von Schleppern eine Reise nach Europa zu finanzieren, ist kein Flüchtling, sondern ein illegaler Einwanderer.
- Wenn wir in Europa aus solchen illegalen Einwanderern plötzlich Asylsuchende machen, sind wir selber verantwortlich für die Folgen dieser Umwandlung. Tatsache ist trotz anderslautenden Beteuerungen, dass unsere Regierung und die Asylbehörden diesen krassen Missbrauch des Asylrechts und -gesetzes grosszügig mit einer vorläufigen Aufnahme oder der Anerkennung als Flüchtling belohnen und damit den Schlepperorganisationen ihr mieses Geschäft garantieren.
- Wenn die europäische Frontex-Organisation richtigerweise einen Rettungsdienst für Flüchtlingsboote auf dem Mittelmeer organisiert, diese Migranten aber ans europäische Ufer bringt, statt retour ans afrikanische Ufer, dann wirkt dies als «Abholdienst» und Einladung nach Afrika. Nachschub ist garantiert.
- Wenn Offiziere der west-libyschen Armee gegenüber Journalisten erklären, dass sie mit entsprechend ausgerüste-



ten Truppen die libysche Südgrenze für die Menschenschlepper dicht machen könnten, ihnen dazu aber die militärischen Mittel fehlen, weil Europa die Regierung in Tripolis nicht anerkennt und nicht unterstützt, müssten die europäischen Regierungen hinhören und entsprechend handeln. Es ist verantwortungslos, wenn Europa den Diktator Gaddafi wegbombardieren hilft, um sich dann um den Aufbau funktionierender staatlicher Institutionen zu frotzeln und Libyen dem Chaos und der Selbstzerfleischung zu überlassen, sich aber dafür über Massen-Migration ab der libyschen Küste zu beklagen.

- Wenn aus der Schweiz Tausende sogenannter Flüchtlinge nach ihrer vorübergehenden oder definitiven Aufnahme bei uns, wieder auf Umwegen in ihre Herkunftsländer in die Ferien reisen (inkl. Eritrea, Syrien, usw.), müssten die Schweizer Asylbehörden ihre fragwürdige Interpretation des Asylgesetzes ernsthaft überprüfen und denjenigen, welchen diese Ferienreisen nachgewiesen werden können, unverzüglich den Flüchtlingsstatus aberkennen und sie in ihre Herkunftsländer ausschaffen.
- Wenn das totalitäre Regime in Eritrea einen wesentlichen Teil der Deviseneinnahmen des Landes aus Steuern und Schutzgeldern von sogenannten eritreischen Asylanten in der Schweiz und

Europa erpresst, müssten die Schweizer Asylbehörden sofort Bargeldzahlungen an eritreische «Flüchtlinge» einstellen und nur Gutscheine für Lebensmittel, Kleider, usw. abgeben, welche in bezeichneten Geschäften nur gegen Ware eingetauscht werden können.

- Wenn Europa und die USA statt mit Drohnen und Bomben in Syrien, Irak, Libyen, Mali, usw. einen aussichtslosen Kampf gegen islamische Mörderbanden zu führen, in Nachbarländern wie Libanon, Jordanien, Türkei, Libyen mit eigenen Truppen gesicherte und versorgte Flüchtlingscamps einrichten würden, z. B. auch in Syrien an der Grenze zu Israel. So könnten diese Menschen über längere Zeit vor Ort versorgt und geschützt werden, bis sich die Lage stabilisiert. Die Asylbudgets wären so weit effizienter eingesetzt und den bedrängten Menschen in den Kriegsgebieten wäre besser geholfen als mit einem Transfer nach Europa.
- Wenn in ganz Europa illegale Einwanderer aus Afrika, dem Nahen Osten usw. gezielt in Länder wie Deutschland, Schweiz, England, Schweden usw. reisen, um von grosszügigen Sozialleistungen profitieren zu können, handelt es sich klar nicht um Flüchtlinge, sondern um Wirtschaftsmigranten und illegale Einwanderer. Für unser Land heisst dies u. a. sofortiger Verzicht auf Bargeldzahlungen, Nothilfe statt Sozialhilfe, um unsere Attraktivität für illegale Einwanderer zu reduzieren.

Den Tatsachen ins Auge sehen

Wir sind gut beraten, die Realität der illegalen Einwanderung zur Kenntnis zu nehmen und zu korrigieren, um wirklich verfolgten Flüchtlingen helfen zu können. Diese gibt es leider auch, nur verstopfen illegale Abzocker-Einwanderer unsere Hilfskapazitäten. Wenn Europa und die Schweiz ihre aktuelle «Vogel-Strauss-Asylpolitik» weiterführen, werden weiterhin Menschen im Mittelmeer ertrinken und das Schleppergeschäft florieren. Diese Asylpraxis entspricht nicht der humanitären Tradition der Schweiz.

a. NR Markus Wäfler

Afrika muss sein Potenzial nutzen!



Bild: Eveline Rytz

Der grösste Teil dieses Kontinents gilt seit Jahrhunderten als arm und unterentwickelt. Die europäischen Kolonialmächte haben ihn wirtschaftlich ausgebeutet, indem sie einerseits von dort landwirtschaftliche Erzeugnisse und Bodenschätze zu niedrigen Preisen bezogen und andererseits ihre Industrieprodukte zu hohen Preisen nach Afrika verkauften.

Skrupellose Sklavenhändler versorgten zudem nord- und südamerikanische Grossgrundbesitzer mit billigen Arbeitskräften aus dem Schwarzen Kontinent. Selbst nachdem die Kolonien in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg Unabhängigkeit erlangten, behielten die ehemaligen Kolonialstaaten in den meisten Ländern Afrikas nach wie vor ihren grossen Einfluss. Zudem vertrieben die neuen Machthaber als Folge der Unabhängigkeit in verschiedenen neuen Staaten nach und nach die weisse Elite, welche die Wirtschaft in Gang gehalten hatte. Geschulte schwarze Kader fehlten aber. Hilfswerke und Missionsgesellschaften konnten nur ungenügend in die Bresche springen, weil die Finanzen und Mitarbeiter für diese Aufgaben fehlten. Einheimische übernahmen leitende Funktionen, denen die wenigsten gewachsen waren und es auch heute noch nicht sind. Die Korruption blüht bis auf den heutigen Tag

munter weiter und trägt dazu bei, dass Armut und Elend zunehmen. In den letzten Jahren breitet sich auch der radikale Islam, wie ihn die al Kaida und der Islamische Staat (IS) vertreten, epidemisch aus. Des Weiteren hat sich auch die Telekommunikation im afrikanischen Kontinent rasant ausgebreitet. Die Afrikaner erfahren über ihre TV-Geräte und Mobiltelefone, wie anders bzw. wie gut die Lebensbedingungen in Europa im Vergleich zu ihren sind. Zudem ist nach dem Tod des libyschen Diktators Gaddafi der kurze Weg übers Meer nach Italien/Europa unter zu Hilfenahme von Schleppern frei geworden. «Der brodelnde Dampf zischt aus dem Kessel» – Massen von Afrikanern überfluten derzeit Westeuropa.

Folgen für (West)europa

Nebst den Kriegsflüchtlingen aus Syrien und Irak strömen nun zunehmend auch mehr Afrikaner als sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge auf unseren Kontinent. Fakt ist, dass als Folge der eingangs erwähnten Situation, der Zustrom dieser bedauernswerten Menschen aus den armen Staaten Afrikas immer grösser und wahrscheinlich noch während Jahren nicht abreißen wird. Was soll mit ihnen passieren? Afrika ist ein Kontinent mit mehr als einer Milliarde Menschen. Auch wenn nur 1% der afrikanischen Bevölkerung, die eine hohe Wachstumsrate aufweist, nach Europa käme, würde es unmöglich sein, sie alle in Westeuropa aufzunehmen, geschweige denn hier zu integrieren. Asylgründe gemäss Definition sind zudem bei den wenigsten vorhanden. Was

bleibt den Ländern Westeuropas, die mit den in verschiedenen Gegenden nicht willkommenen «Flüchtlingen» konfrontiert und überfordert sind? Letztendlich bliebe nur eines, nämlich den grössten Teil dieser Wirtschaftsflüchtlinge wieder heimzuschicken. Dies wäre allerdings nur eine kurzfristige Lösung, denn die Zurückgesandten sowie Neue kommen, so sicher wie das Amen in der Kirche, wieder zurück. Sie sind nicht aufzuhalten, auch wenn die Grenzen mit Militär gesichert würden.

Nachhaltige Lösung gesucht

Die Länder Westeuropas müssten sich zusammenschliessen, die afrikanischen Länder intensiv zu betreuen und nach und nach zu entwickeln. Dies würde bedeuten, korrupte Regimes ggf. mit militärischen Mitteln zum Rücktritt zu zwingen und in diesen Staaten im Westen ausgebildete und demokratisch legitimierte Einheimische in die Regierungsverantwortung einzusetzen. Ein neues Bildungs- und Wirtschaftssystem wäre einzurichten und die allgemeine Schulpflicht müsste eingeführt werden. Zudem wäre dafür zu sorgen, dass die Wertschöpfung vermehrt in den afrikanischen Ländern erfolgt und für eine Anzahl landwirtschaftlicher Produkte die Zollschränke abgebaut würden. Die sich bis zu einer Rückschaffung in Westeuropa aufhaltenden Immigranten sollten während ihres Aufenthaltes in eigens geschaffenen Lehrwerkstätten die Möglichkeit haben, eine intensive Kurzausbildung in verschiedensten Berufen zu durchlaufen. Weiter sollten fähige Studenten aus afrikanischen Staaten während einer Zeitperiode Stipendien erhalten, um eine Hochschule in Westeuropa absolvieren zu können. Nach Abschluss der Ausbildung wären sie verpflichtet, in ihren Heimatländern eine Kaderfunktion zu übernehmen.

Arthur Gasser, Gemeinderat
Dübendorf

**Wirtschaftswiederaufbauprogramm von 1948 – 1952 der USA für das gebeutelte Nachkriegseuropa in Form von Krediten, Rohstoffen, Lebensmitteln und Waren.*

«Der Islam und der Westen»

Als gebürtige Pakistanerin, die zum Christentum konvertierte, hat Sabatina James schon sehr viel Leid und Schmerz in ihrem noch jungen Leben erfahren. Trotzdem berichtete sie mit sehr viel Humor und Leichtigkeit. Im zweiten Teil des Abends las sie aus ihrem neusten Buch «Scharia in Deutschland» vor.

Sabatina James wurde bei ihrer Geburt von ihren Eltern ihrem Cousin versprochen. Als sie sich später weigerte ihn zu heiraten, wurde sie von ihrer Familie bedroht und musste untertauchen.

Viele Frauen fliehen vor Zwangsheirat, Vergewaltigung und Folterung aus den islamischen Ländern nach Europa und müssen feststellen, dass sie hier nicht geschützt werden. Infolge Toleranz und Inkonsequenz finden verfolgte muslimische Frauen auch in deutschsprachigen Ländern keinen Schutz mehr. So lange unsere Politiker nicht bereit sind, die gewalttätigen Menschen konsequent auszuschaffen, können Frauen wie Sabatina James auch bei uns kein normales Leben führen, weil wir nicht im Stande sind, ihnen den dringend benötigten Schutz zu bieten.

IS wird verkannt

Der Islamische Staat (IS) ist keine Gruppe von Psychopathen, wie Obama und andere westliche Spitzenpolitiker sagten, er ist ideologisch religiös motiviert. Der Westen hat bislang kein Rezept gegen ihn gefunden, weil die Ursachen nicht erkannt und bekämpft werden. Der IS setzt den Islam, wie er von Mohammed und in den Suren gelehrt wird, die zuletzt geschrieben wurden und heute Gültigkeit haben, konsequent um. Überzeugend belegte die Referentin, wer denke, radikale Islamisten hätten den Islam falsch verstanden, müsse sich fragen, ob denn Mohammed den Islam falsch verstanden hat? Oder wie kommt es, dass Mohammed Sklaven hielt und Andersgläubige umbringen und Frauen zwangsverheiratet liess? Die gemässigten Moslems hätten



sich einen Patchwork-Islam zusammengestellt und nehmen einfach, was ihnen passt. Aber auch sie müssen sich im Klaren sein, dass letztlich auch sie Mohammed zum Vorbild haben und denselben Koran lesen wie die IS-Terroristen.

Solange wir im Westen nicht aufhören die Hymne «der IS habe mit dem Islam nichts zu tun» mitsingen, werden wir kein Rezept gegen ihn finden und er wird sein erklärtes Ziel erreichen: Krieg führen bis alle Völker unter der Herrschaft des Islams sind.

Falsche Toleranz

Wenn Muslime in islamischen Ländern zum Glauben an Jesus finden, ist das wunderbar, aber Sabatina James weiss, wie unermesslich hoch der Preis ist, den diese Menschen oftmals dafür zahlen: «Ich habe dann schlaflose Nächte und bin mit Tränen und Flehen vor Gott». Bedrängnis, Gefängnis, Folter und oftmals Hinrichtung sind die Folgen. Oft werden die Kinder den Eltern weggenommen und zwangsverheiratet, die Eltern sehen sie nie mehr. Auch hier handelt es sich nicht um ein paar Psychopathen, die den Islam falsch verstanden haben, sondern es ist islamisches Recht und wurde von Mohammed, den die «gemässigten» Moslems verehren, befohlen.

Auch die Gutmenschen, die glauben man könne Christentum, Islam, Buddhismus usw. in einen Teigkneten geben, durchmischen, anschliessend mit Liebe und Toleranz dekorieren und dann ein friedliches Miteinander erwarten, verkennen hier

die Realität gewaltig. Diese Ignoranz wird einmal ein sehr böses Erwachen zeitigen. Es gibt Menschen, die wollen und lassen sich nicht integrieren, so Sabatina James, sie gehörten zurückgeschafft in die Länder, aus denen sie kommen.

Auf Hinweise aus dem Publikum, dass wir doch den Sieg in Jesus hätten und uns nicht fürchten müssten, reagierte die Referentin mit der Gegenfrage: Glauben etwa die Christen, die verfolgt werden zu wenig, vertrauen sie etwa nicht? Die meisten Jünger starben den Märtyrertod. Haben sie nicht an den Sieg Jesu geglaubt? Christen werden nicht verfolgt, weil sie schwach sind, sondern weil das Böse böse ist. Dies wiederholte sie mehrmals.

Manko bei Christen

Auf die Frage, warum junge Menschen zum Kämpfen nach Syrien fahren, zitierte Sabatina James aus Berichten von Betroffenen. Sie suchten nach Sinn, Erlösung und Gott. Die Salafisten in der Schweiz waren die einzigen, die ihnen einen vermeintlichen Weg zur Erlösung aufzeigten: das Martyrium, den Jihad. Es sei wahrscheinlicher, dass Salafisten auf Schweizer Strassen den Koran verteilten, als dass jemand die frohmachende Botschaft des Evangeliums erzähle.

Bedenkenloses Europa

Zur aktuellen Flüchtlingssituation sagte die Referentin, dass Europa auch bei den arabischen Staaten Druck aufsetzen müsste, damit sie ihre Glaubensgeschwister aufnehmen. Diese Staaten geben zu bedenken, dass dies ihre Gesellschaft destabilisieren würde. Mit erregter Stimme fragt Sabatina James, ob dies in unseren Ländern in Europa egal sein soll? Wir müssen klare Zeichen setzen, wer Gewalt predigt oder ausübt, findet bei uns keinen Platz. James ist überzeugt, dass gerade mit der Flüchtlingswelle gewollt viele gewaltbereite Islamisten eingeschleust werden, da bislang keine gewalttätigen Flüchtlinge zurückgeschickt werden. Reiche islamische Staaten zahlen Millionenbeträge an den Bau von Moscheen in Europa, sind aber nicht bereit ihren Glaubensgeschwister in Not beizustehen.

Marktplatz

Verkaufen

Mädchentraum; altenglisches Eisenbett (Wert ca. CHF 1'400.-), schwarz seidenmatt, Pulverbeschichtung, 90x200x 103/129, 4 Messingköpfe u. Füsse, abnehmbare Rollen. Neue Gesundheitsmatratze (Kaufvertrag 30.10.2014): «Ergoline Performance 180 pro», H2, österreichischer Hersteller. Einlegerahmen: «Fly Sleepflex, design by bico», Schulterzone, Kopf- u. Fussstellverstellung, tolle Federung, stabiles Modell. Arrangements-Preis: CHF 1'100.- (061 311 73 28)

Exklusives Kiefernholz-Pult mit Schnitzereien u. Ziergriffen. Offenporig geölt. Links: 4 Schubladen, rechts 1 Schublade. 1 gefülltes Türchen u. 1 Tablar, mittig (Tastatur-) Auszug. B: 153cm, T: 60cm, H: 74cm (Möbel Roth: CHF 1'500.- bezahlt). Preis CHF 285.- (061 311 73 28)

Vermieten

Büro-/Praxis-Räume einbaumöbliert, Zentrum 8632 Tann-Dürnten, helle Liegenschaft, Objekt freistehend, 100–126m² Bürofläche, 50 m² Keller-/Lagerfläche, 5 Parkplätze, ÖV Bus/Bahn 2–5 Min., naher Autobahnanschluss, prädestiniert für Grundversorger od. stilles Gewerbe, ab sofort. Kontakt A. + A. Müller-Weber (078 773 61 63)

Sonniges, ruhiges Zimmer mit Frühstück für eine Person in Gstaad. Eigene Dusche, Parkplatz, Abholddienst. CHF 70.–/N. alles inklusiv. Siehe www.gstaad.ch «Bed and Breakfast for One» (033 744 42 86, 079 302 43 86)

Verschenken

Neue Vortrags-CD von Leo Janz: «Was ist Bekehrung» und «Wohin mit den Sorgen des Lebens?» Umrahmt mit Liedern die Mut machen. Geeignet zum Weiterschicken an Fernstehende! Gratis beim Literatur-Dienst, Postfach 217, 3113 Rubigen BE (079 613 20 02, literatur-dienst@bluewin.ch)

Offene Stellen

Zur Erweiterung unseres Teams (Region Bern) suchen wir baldmöglichst **eine gelernte, kreative Teilzeit-Floristin**. Sie haben schon etwas Berufserfahrung, sind an selbstständiges Arbeiten gewöhnt, sind belastbar und fahren Auto. Wir freuen uns auf Ihren Anruf (079 288 37 45)

Diverse

Zürich-Flughafen: Privat einmalig günstig parkieren! Wir übernehmen Ihren Wagen im Parking 3 und bringen ihn nach Ihrer Rückkehr dorthin zurück. (044 860 16 37,

079 667 57 42, www.tankstelle-soli.ch)

Hören Sie das neue Wochen-Thema der Telefon-Andacht von Manfred Paul! Wählen Sie einfach 0848 047 047 (Tonband) Tag + Nacht! (Normaler Swisscom-Festnetz-Telefon-Tarif)

Die EDU lädt ein

5.10. Baden: 19.30h, Fam. Eipe, Kreuzweg 17: EDU-Gebet (056 222 53 79)

7.10. Effretikon: 20h, Industriestrasse 3, Gebäude der Stoll Reklamen, Gebetstreffen des Bezirks Pfäffikon/ZH. Auskunft: Peter Häni (079 388 46 01)

12./26.10. Steinmaur: 20h, KGH, Schulwiesstr. 7: EDU-Gebet (044 865 20 32, 044 856 01 93)

14.10. Zürich: 18.30–19h, Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstr. 33: EDU-Gebet (044 322 61 46)

14./28.10. Männedorf: 13.30h, Luegislandstr. 27: EDU-Gebet (044 920 45 43)

16.10. Schöffland: 18.30h, Flückiger Holzbau, Badweg 4: Herbstanlass der EDU Bezirk Kulm, Betriebsbesichtigung u. Apéro.

18.10. Herisau: 17h, Pfingstgemeinde, Rosenaustr. 1, EDU-Gebet (071 351 67 39)

11/2015 Der nächste «EDU-Standpunkt» wird am 26. Oktober versandt (Redaktionsschluss: 9. Oktober, Druck: 22. Oktober)

Christliche Anlässe

Kursaal Heiden

2.10. 19.30h, Kursaal, Seelallee 3, Heiden: Vortrag «Die Zukunft des «Islamischen Staates IS» – Was sagt die Bibel?», mit Dr. theol. Roger Liebi

Ländli Oberägeri

3.–10.10. Retraite mit Fasten u. Schweigen «Grenzenlos Gott vertrauen?!»

9.–11.10. Seminar «Erlebnis Glutenfrei» (041 754 92 14, www.zentrum-laendli.ch)

Tim Team

10.–16.10. Hotel Hari, Adelboden: «Heilung im Licht der Bibel», mit William Lerrick (081 284 84 71, www.tim-team.ch)

Seminar für biblische Theologie Bea-tenberg

16.–18.10. Regionalkonferenz der Studiengemeinschaft «Wort und Wissen»

19.–22.10. Weiterbildung: Thessalonicherbriefe, mit André Felker (033 841 80 00, www.gaestehaus.ch)

Gemeinde für Christus

24.–25.10. Konferenz Malleray «Le chemin vers la guérison» (conference.malleray.gfc.ch)

30.10.–11.11. Konferenz Frutigen «Zämesstah u Gott erläbe – Ds Läbesbild vom Chönig Joschafat» (frutigkonferenz.gfc.ch)

Licht im Osten

Streiflichter mit Partnern aus der Ukraine und Serbien
24.10.–1.11. Bilder. Berichte. Begegnungen. 12 regionale Vortrags-treffen. Veranstalter: Licht im Osten (052 245 00 50, www.lio.ch)

Senioren-Bibelkollegium

26.10./21.11./9.11./16.11./23.11./30.11. jeweils montags, 9.30–11.30h, CEVI-Zentrum Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich: Vorträge über das Buch der Offenbarung: Kosten alle Vorträge CHF 40.–, Einzeleintritt CHF 8.– (044 201 49 55)

ABS Israel Travel

27.10. 19.30h, FEG, Oberdorfstrasse 4, Hauptwil: Vortrag «Jüdische Siedlungen – Kriegsverbrechen oder Erfüllung biblischer Prophetie?», mit Johannes Gerloff

FEG Liestal, Freie Christliche Schule FCSL, Verein Ha'Tikva

28.10. 20h, Freie Christliche Schule, Sigmundstrasse 1, Liestal: Vortrag «Israels Siedlungspolitik – umstritten, illegal, Hindernis für den Frieden?», mit Johannes Gerloff, Jerusalem (077 433 20 95)

Evang. Freikirche Action Biblique

29.10. 19.30h, Kapelle Siloah, Worbstrasse 328, Gümligen: Kapellenabend «Was verkünden uns die Sterne?», mit Dr. Beat Bürki (www.ab-bern.ch)

Multimediovorträge von Dr. rer. nat. Markus Blietz

31.10. 19.30h, Singsaal Oberstufen-

schule Mettlen, Hittnauerstrasse 20, Pfäffikon: «Wie alt ist die Welt?»

1.11. 19.30h, Seminarcenter Treffpunkt, Etzelstrasse 5, Uznach: «Drachen oder Dinosaurier?»

2.11. 19.30h, Singsaal Oberstufen-schule Mettlen, Hittnauerstrasse 20, Pfäffikon: «Invasion der Ausserirdischen?», mit Dr. rer. nat. Markus Blietz, Astrophysiker und Christ. Organisator: «Bibeln & Bücher Pfäffikon», Hochstrasse 180, 8330 Pfäffikon

Heilsarmee

Konzert boundless – grenzenlos
Brass Band, Frauenchor, Gemischter Chor u. Tanzgruppe Zürich Zentral
7.11. 19.30h, ref. Kirche Obfelden
14.11. 19.30h, ref. Kirche Neftenbach
15.11. 15.30h, Kirche St. Peter, Zürich
Brass Band Bern u. Zürich Zentral, Frauenchor, Tanzgruppe Zürich Zentral
8.11. 17h, ref. Kirche Schaffhausen (079 593 54 39, korps_zuerich-zentral@swi.salvationarmy.org)

Bibelbund Schweiz

14.11. Zentrum Inforama Rütli, Zollikofen: Bibelbund-Tagung 2015 «Die Reformation – ein Jahrtausend-Irrtum?» Die neue Paulus-Perspektive verständlich erklärt u. bewertet. (www.bibelbund.ch)

STH Basel

14.11. 9.30–15h, Basel: Schnupperstudententag «Was heisst Theologie studieren?». Kurzvorlesungen der Professoren. Gelegenheit für Gespräche mit Studierenden u. Dozenten. Programm, Infos u. Anmeldung: Staatsunabhängige Theologische Hochschule Basel (office@sthbasel.ch, www.sthbasel.ch)



Bild: Harold Salzman

Marktplatz-Tarife

• Verkaufen/Suchen:	20 CHF
• Verkaufen/Suchen von Immobilien:	80 CHF
• Vermieten:	50 CHF
• Verschenken:	gratis
• Offene Stellen:	50 CHF
• Stellensuche:	50 CHF
• Partnersuche:	50 CHF
• Verschiedenes:	50 CHF

Ihr Marktplatz-Inserat senden Sie bitte an:

**EDU-Standpunkt
Redaktion «Marktplatz»
Postfach 43
3602 Thun**
Per E-Mail an marktplatz@edu-schweiz.ch
Tel. 033 222 37 07



LESERBRIEFECKE

Sie kommen zu Wort

«Wer «regiert» eigentlich Europa?» «EDU-Standpunkt» 07/08-15

Brief an die massgebende Instanz der EU

Ich zitiere: «Die EU ist ein gewaltiger Machtkoloss, der sich unter der Führung Deutschlands zunehmend in eine Diktatur verwandelt.» (Ich erinnere an die ehemalige «Nazi-Diktatur!») Hat es jetzt schon wieder solch fragwürdige Elemente innerhalb Deutschlands Grenzen? Das frage ich als ehemaliger Schweizer Soldat, der von 1939–1945 die ganze Grenzbesetzung durchgemacht hat. Und sollten wir uns als «noch» freie Schweizer dieser «neuen» Diktatur beugen? Was muten Sie uns denn noch alles zu?

Ob Sie von Deutschland oder Brüssel aus diktieren, – egal – über Ihnen regiert noch ein Mächtigerer, der weit über Ihnen steht und waltet. Was Sie auch unternehmen wollen, dies liegt in Ihrer Verantwortung! Frage? Können Sie das? Überlegen Sie gut!

Noch ist unsere Schweiz unter der Obhut unseres lebendigen Gottes, des Vaters im Himmel.

Sie kennen sicher unsere Schweizer Präambel: «Im Namen Gottes» – ein mahnendes Wort an die massgeblichen Instanzen der EU! Hüten sie sich, unsere Schweiz in irgend einer Form – unter dem Diktat der EU anzugreifen und das Recht, das ihr zusteht, aufzuheben!

Denken Sie daran, was hernach aus Hitler-Deutschland wurde!

Willy Kobi-Isler, Winterthur ZH (geb. 1918)

Wahlen vor schweren Zeiten

Seit 1913 geben grosse internationale private Banken als «Amerikanische Notenbank» FED (Federal Reserve System) den Dollar heraus. Dieses hat wohl grösseren Einfluss auf unsere Nationalbank als unsere Politiker und Bürger unserer direkten Demokratie. Oder weshalb hat die Nationalbank so viel Gold verkauft?

Seitdem ungedecktes Papiergeld eingeführt wurde, konnte das FED die Staaten für Kriege und übrige steigende Bedürfnisse und Zinsen immer mehr durch Verschuldung in Abhängigkeit bringen. Weil beide Kriegsparteien finanziert wurden, waren die (Schuld)Geldgeber immer gedeckt.

Um zu verhindern, dass die Schulden auch in unserm Land immer noch grösser und durch entsprechende Geldentwertung unsere Vermögen durch Inflation weiter verringert werden, müssen wir Parlamentarier wählen, welche dem Trend, weitere Schulden zu machen, entgegensteuern. Notwendiges anstatt Wünschbares zu realisieren soll die Devise sein. Und weil die Grossmächte angesichts der Weltsituation auf Kredit weiter aufrüsten, was zu schweren Kriegen führen kann, sind Volksvertreter vorzuziehen, welche für einen genügenden Schutz unserer Bevölkerung durch eine schlagkräftige, abschreckende Armee eintreten. Diese soll auch zahlenmässig im Stande sein, unsere vielen gefährdeten Menschen und Objekte auch bei Katastrophen zu schützen.

Emil Rahm, Hallau SH

BUCHREZENSION

Die Mitte verloren?

Der Westen hat seine Seele (Mitte) verloren und damit das, was ihn einst stark gemacht und zusammengehalten hat. Dies stellt der indische Schriftsteller und Sozialreformer Vishal Mangalwadi in seinem neuen Buch «Das Buch der Mitte» fest.

Der Autor zeigt auf, wie bedeutsam der Einfluss der Bibel auf die westliche Kultur war. Seiner Meinung nach würde, ohne den Einfluss der Bibel, der Westen wahrscheinlich immer noch in bitterer Armut, Würdelosigkeit, Unterdrückung, ohne allgemeine Schulbildung und Rechtssicherheit, ohne Krankenpflege und technischen Fortschritt leben, wie heute noch ein Grossteil der Landbevölkerung in Indien. Der Verfasser schildert in einleuchtender Art, wie die Bibel Bildung, Wissenschaft, Technik und Wirtschaft im Abendland geprägt und gefördert hat. Als Inder versteht er es auch sehr gut, die Unterschiede zwischen Hinduismus, Buddhismus, Islam, Christentum und den säkularen Philosophien wie z. B. Marxismus, darzulegen. Gemäss seiner Betrachtung konnte und kann nur das Christentum dem Menschen Würde und Identität verschaffen. Die säkularen Systeme des Westens als auch die religiösen Strömungen des Ostens versuchten hingegen jegliche Form von Identität zugunsten einer kollektiven Gesellschaft zu vernichten.

Mangalwadi zeigt eindrücklich auf, wie verschiedene Volksstämme auf der ganzen Welt durch die Lehre der Bibel Befreiung von Unterdrückung und Armut erlebt haben. Das Studium der Weltgeschichte hat ihm neue Hoffnung verliehen, die er in seinem Buch den Menschen im Westen weitergeben will. Dieses Buch lässt den Leser nicht im Regen stehen, sondern hilft ihm selber Hoffnung und Perspektiven für die Zukunft in seinem eigenen Land zu erhalten.

Nach Mangalwadis Aussagen muss der Westen seine Seele wieder finden und sich in den nächsten Jahren komplett umorientieren. Das Buch rüttelt die säkulare, eingeschlafene westliche Gesellschaft wach, um über ihre eigenen Werte nachzudenken. «Wir müssen zurück zu den Wurzeln, die einst unser Denken bestimmt, unserem Verstand Struktur und unserem Willen Orientierung gaben.» Seine Aussagen sind provokativ, verleihen dem Leser aber neue Hoffnung für die Zukunft. (Seminar zum Nachhören unter www.youtube.com, Suchbegriff vishal mangalwadi wiler schweiz)

Markus Reichenbach



Verlag Fontis

Brunnen, Basel, ISBN 978-3038480044, 608 S., Preis CHF 26.–

erhältlich bei JMEM (<http://www.jmem.ch/base/shop>) oder in christlichen Buchhandlungen

Den wirtschaftlichen Interessen wird alles unterworfen

Die am 14. Juli 2015 geschlossene Vereinbarung zwischen den P5+1 (Vetomächte des UNO-Sicherheitsrats: USA, China, Russland, Frankreich, Grossbritannien plus Deutschland) mit dem Iran (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) ist mit einer schrittweisen Suspendierung/Aufhebung der nuklearbezogenen Sanktionen der EU/USA/ UNO umzusetzen.

Die Sanktionen der USA und UNO bleiben vorerst angeblich in Kraft. Einige wenige Teile der EU-Sanktionen wurden gelockert, andere per Beschluss 1148 bis Anfang 2016 verlängert. Diese Verlängerung hängt von einem Bericht der internationalen Atomenergiebehörde betreffs des geforderten Rückbaus des Nuklearprogramms im Iran ab. Sollten die vereinbarten Vertragsinhalte im Wiener Abkommen umgesetzt werden, kann der Perserstaat per 2016 mit einem grösseren Sanktionsabbau schritt rechnen.

Bundesrat prescht vor

Der Bundesrat hat die Sanktionen gegen den Iran wohl in etwas vorausseilendem Gehorsam bereits aufgehoben. Mit diesem Schritt drücke der Bundesrat seine Unterstützung im Hinblick auf die Umsetzung des Nuklearabkommens aus, schrieb das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO). Gleichzeitig signalisiere er sein Interesse an einer Vertiefung der bilateralen Beziehungen mit dem Iran.

Offensichtlich ignorierte der Bundesrat die Bedenken der israelischen Regierung aber auch die Reaktionen aus dem arabischen Raum. Von beiden Seiten wurde das Abkommen scharf kritisiert. Eine mögliche Geschäftstätigkeit mit dem Iran wurde der Sicherheit vorgezogen und einem unberechenbaren Regime mit diesem Nuklearabkommen sehr viel Kompetenz zugemutet.

Wieweit die aktive internationale Aufsicht überhaupt in der Lage sein wird den Rückbau im Iran zu prüfen, wird sich in den kommenden Monaten zeigen. Es bleibt aber zu befürchten, dass sobald der internationale Druck nachlässt, die gemachten Versprechen wieder umgangen werden und nach Jahren versteckte neue Aufbauarbeiten zum Vorschein

kommen. Zudem müssen Inspektionen der Atomenergie-Behörde 24 Tage im Voraus angekündigt werden. Dies gibt dem Regime genügend Zeit sämtliche Fakten und Aktivitäten zu verbergen. Aus unserer Sicht konnte keine Sinnesänderung der iranischen Verantwortlichen erkannt werden. Unter enormem Druck der internationalen Gemeinschaft war die iranische Regierung erst nach Jahren bereit Zugeständnisse zu machen.

Gefahr nicht nur für Israel

Sicher bleibt das fatale Risiko, dass im Iran Vernichtungswaffen, die sich gegen Israel richten, hergestellt werden. Via den Iran werden erhebliche Waffenlieferungen in den Libanon organisiert, was zeigt, dass keineswegs ein Umdenken stattgefunden hat. Dass damit Angst und Misstrauen in der israelischen Bevölkerung wachsen, ist verständlich. Dass aber die Angriffsmöglichkeit und die Gefahren von Atomwaffen weit über diese Grenzen hinausgehen, wurde mit der voreiligen Aufhebung der Sanktionen wohl zu wenig wahrgenommen.

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz

KURZ NOTIERT

Iran

Mitte September bestätigte der Leiter der iranischen Atomenergie Organisation, Ali Akbar Salehi, dass Russland seine Bereitschaft signalisiert habe, bei der Entwicklung von Irans Zentrifugen zur Produktion von stabilen Isotopen (Atome) mitzuarbeiten. Nach der Vereinbarung mit den P5+1 (siehe Artikel oben) ist es dem Iran zudem erlaubt, in Fordow weiterhin mehr als 1000 Zentrifugen zur Produktion von verschiedenen nicht atomaren Isotopen zu unterhalten. Gemäss Associated Press wird bei der Produktion von Isotopen bei der Anreicherung die gleiche Technologie angewandt wie bei der Herstellung von stabilen Isotopen. Weiter haben der frühere stellvertretende Gene-



Bild: iStock.com

raldirektor der IAEA, Olli Heinonen und der Direktor des Golfenergieprogramms im Washingtoner Institut, Simon Henderson betont, dass die Zentrifugen in Fordow in relativ kurzer Zeit und ohne Rücksicht auf die getroffenen Überwachungsvereinbarungen so umgebaut werden können, dass Uranium angereichert werden kann.

Die Vereinbarung erlaubt es dem Iran auch weiterhin Forschung und Entwicklung von Hochleistungszentrifugen für die Anreicherung von Uran zu betreiben. Dies gilt auch für die IR-8-Zentrifuge, derer sich Iran rühmt, weil sie 20 Mal schneller ist als die IR-1-Zentrifuge. Nach 8 Jahren wird dem Iran gestattet IR-6 und IR-8-Zentrifugen herzustellen. Der Einsatz von Hochleistungszentrifugen verkürzt nicht nur die sogenannte Breakout time (Zeitspanne, die Iran zur Anreicherung von Uran zum Bau von Atomwaffen braucht), sondern erfordert auch viel kleinere Einrichtungen, die viel leichter vor der internationalen Gesellschaft versteckt gehalten werden können.

«The Israel Project» v.17.09.2015

Schnurgerade



Andy (Schwiegersohn) prüft nochmals den Pseudruck, Bettina (Tochter) füttert das Navi, wir Alten harren festgezurrnt hinten im Auto auf die Dinge, die da kommen werden.

Ab geht's Richtung Österreich, Slowakei, Polen und Deutschland. Schnurgerade zieht uns der kräftige Diesel vorwärts. Er brummt zufrieden und ist in Hochform, genau wie Fahrer Andy, der Mitleid mit den drängelnden Zeitgenossen zeigt und ihnen höflich Platz macht. – Sommer, Zeit der Teemaschinen, Zeit der unzähligen Baustellen, Zeit der schmalen Fahrspuren. Die vielen Strassenbauer schufteten hart für uns. Danke Jungs! – Was ist jetzt los? Umleitung. Muss das auch noch sein? Jetzt doch nicht, kostet viel Zeit und noch mehr Nerven. Das Navi spinnt und dreht im Roten. Wir folgen den orange gestrichenen Wegweisern. Sie führen uns auf Umwegen und nach etlichen Zusatzschlaufen haargenau und zielsicher wieder auf die Hauptstrasse zurück. Nerven und Navi beruhigen sich, beide nehmen den Normalbetrieb wieder auf. Grund der Umleitung: Hochwasserschäden. Umleitung sei Dank – ohne sie wären wir ins Verderben gefahren. Wir sind in allen Belangen verwöhnt in unserem schönen Land. Dazu gehören auch die gut ausgeschilderten Umleitungen.

Ohne grössere Umleitungen

So geht's durch die hohe Tatra nach Polen. Überall weite Felder mit herrlich gelbem Getreide, daneben Maiskulturen, soweit das Auge reicht. Eindrücklich. Riesige Windräder drehen ruhig im Wind, dutzende, wenn nicht hunderte dieser eleganten Stromlieferanten stehen in Gruppen da. Sie stören nicht. Bei uns im Schweizerland dauert's wohl noch... – Ein Muss sind Krakau und Wroclaw (Breslau), beides wunderschöne Städte. Die Grenzstadt Görlitz an der Neisse muss man auch gesehen haben, und Dresden ist einmalig. Überall freundliche, zukommende Menschen. Die Autofahrer in

den Städten sind geduldig, kaum ein Hu-pen, der Verkehr läuft ruhig. Die Kriegsvergangenheit ist aber nicht vergessen und macht nachdenklich. – Meissen ist nicht weit. Nach der Führung durch die Porzellanmanufaktur fährt uns Andy (fast...) schnurgerade ins Erzgebirge. Bettina nimmt auch mal die gute alte Landkarte zu Hilfe, wenn sich Navi, Fahrer und Wegweiser nicht einig sind. Hier fängt sie dann richtig an, die Sache mit den Umleitungen. Da versperrt uns doch eine riesige drohende Tafel mit unverständlichen Zeichnungen, Grafiken und Texten die Weiterfahrt. «Umleitung» ist ja noch klar, der Rest für uns einfache Schweizer nichts als??? Keine orangen Pfeile, nichts. Rechts führt ein kleines Strässchen «stotzig» das Bort hinunter. Umkehren oder hinab? Bettina ist für umkehren, Andy für «nidsi». Nach einer längeren Irrfahrt stehen wir vor Umleitungstafel Nummer zwei. Zeichnung studieren, Text lesen, Kopf schütteln??? Wir zwängen uns durch hundert Gässchen und stehen plötzlich – wie kann es auch anders sein – wieder vor Tafel eins. Hallo, da sind wir wieder. Gibt's was Neues? Gibt es nicht. Kein Ausweg aus dem Städtchen, wir sind gefangen. «Nimmt mich doch wunder...» brummt Andy in den Bart und gibt Gas. Eine Tankstelle taucht auf. Ran an den Schlauch, der Diesel hat Durst. Die Dame im Shop schaut uns «stober» an. «Hier is Ende», sagt sie barsch, «die Umleitung nehmen». – «Haben wir, schon

zweimal», meint Andy. – «Können's nisch leese?» – «Doch, aber wir verstehen nur Bahnhof.» – «Hier gibt's keenen Bahnhof!» – «Schade, dann könnten wir mit dem Zug weiterfahren.» – «Ja so was, ein Schweizer mit Witz. Sie sind aber ein Gspassiger, ein ganz Knalliger!» – «Und Sie sind ein Engelen.» – «Warum meinen's?» – «Weil Sie uns jetzt sicher den Weg weisen werden.» – «Aber nur, weil Sie es sind», meint die Dame und beginnt: «Nach 100 Metern links steil hoch, über die schmale Brücke, scharf rechts, 200 Meter bis zum Einbahnzeichen, fahren's ruhig weiter, passt schon, holpert fürchterlich, macht nix, den Feldweg nehmen, beim Bauern rechts um den Miststock, geben's auf die Hühner acht, dann über die Wiese nauf auf die Strasse und Sie haben freie Fahrt. Alles klar? Und tschüss, war mir ein Vergnügen!»

Wir haben die Hauptstrasse tatsächlich gefunden.

Soooo einfach war das. Und diese sprechende Umleitungstafel – einfach herrlich. Ich freue mich auf die klaren Umleitungen in der Schweiz und werde nie mehr darüber klagen. – Ja, das Leben verläuft nicht immer schnurgerade, und Umleitungen zwingen uns manchmal zum Innehalten und bewahren uns vor Schaden.

Mit oder ohne Umleitungen: Eine gute Fahrt wünscht

Ruedi Ritschard

Bestellschein

ABONNEMENT

Ich abonniere den «EDU-Standpunkt» für CHF 30.– (11 Nummern).

PROBENUMMERN

Senden Sie mir/der folgenden Person «EDU-Standpunkt»-Probenummern:

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

E-Mail _____

Datum _____

Empfohlen von _____

Coupon einsenden an: «EDU-Standpunkt», Frutigenstrasse 8, Postfach, 3602 Thun

Reisehits 2015/16 mit Kurt Wenger

Bade- und Kurreise ans Tote Meer
ab 2. - 22. November 2015 mit div. Reisedaten

Kreuzfahrt rund um Dubai 29.1. - 7.2.2016
2 Ferientage im Jumeirah Beach Resort ***** inkl.

Blumeninsel Madeira 1. - 8./15.3.2016
Perle im Atlantik zu attraktivem Preis!

Frühlingsreise Israel 10. - 21./24.4.2016
faszinierendes Reiseprogramm à la carte

Malta mit Musse erleben 30.5. - 10.6.2016
geschichtsträchtige Sonneninsel im Mittelmeer

Infos & Prospekte: 062 849 93 90 - mail@wengerkurt.ch

2016 – Israel-Solidaritätsreisen

Israel-Frühlingsreise
9. – 23. Mai 2016

Israel-Herbstreise
30. Oktober – 13. November 2016

Prospekt: Pro Israel
Postfach, 3607 Thun
Tel. 033 335 41 84
info@proisrael.ch
www.vereinigungproisrael.ch

Ferien unter Gottes Wort
IM SCHÖNEN TOGGENBURG

heimelige Pension in Hemberg
für Familien, Gruppen
und Einzelgäste

Tel. 071 377 15 85 www.missionshaus-alpenblick.com

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs
fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze
Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk Huttwil
Schaukarderei
- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen

www.kamele.ch 062 962 11 52

Ein Inserat – für's Traktat!

Bei uns finden Sie ein hilfreiches, evangelistisches Wort für jede Lebenslage!

Kostenlose Probenummern erhalten Sie bei:

Schweizerische Traktatmission
Lerchenweg 12
5034 Suhr
062 853 06 61
Info@christliche-schriften.ch
www.christliche-schriften.ch



E. + W. BERTSCHI AG
5728 Gontenschwil 062-773 12 40
Spenglerei · Sanitär · Heizungen



CSI-Tag 2015 ■ Sie sind herzlich eingeladen!

Samstag | 31. Oktober 2015 | 10 bis 16 Uhr

Ort: Reformierte Kirche Zürich
Unterstrass | Turnerstrasse 45
8006 Zürich
Ab Zürich HB Tram 7 Richtung
Bahnhof Stettbach | Haltestelle
Röslistrasse
Weitere Infos:
csi-schweiz.ch/csi_tag
044 982 33 33

Ashish Parichha



Indien ■ Einsatz für bedrohte Christen

John Eibner



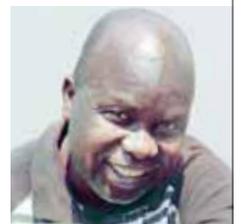
Nahost ■ Warnung vor der religiösen Säuberung

Pfarrer Latif



Pakistan ■ Betreuung von Terroropfern und Benachteiligten

Franco Majok



Südsudan ■ Sklavenbefreiung und Hungerhilfe